

Arbeiten und Wirtschaften
in der Klimakrise

2

Arbeit und Umwelt



Arbeit und Umwelt 2

Arbeiten und Wirtschaften in der Klimakrise

Arbeit und Umwelt 2

Arbeiten und Wirtschaften in der Klimakrise

VOGB



ÖSTERREICH

Dieses Skriptum ist für die Verwendung im Rahmen der Bildungsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaften und der Kammern für Arbeiter und Angestellte bestimmt.

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Stand: Mai 2020

Autor*innen: Andreas Müller, Brita Krucsay, Christopher Beil, Florian Pimminger, Izabela Glowinska, Jana Brandl, Joschka Brangs, Josef Mühlbauer, Julia Koll, Magdalena Heuwieser, Maximilian Muhr, Ruth Fartacek, Tanja Kotik, Vera Besse

Projektleitung, Moderation, Redaktion: Magdalena Heuwieser

Illustration: Sarah Heuzeroth

Cartoons: MUCH Unterleitner

Impressum:

Layout/Grafik: Manuela Maitnar

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2020 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

Zum Geleit	6
Vorwort	8
Nobel geht die Welt zugrunde?	10
Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten	18
Ich arbeite, also bin ich?	22
In 80 Produktionsschritten um die Welt	28
Größer, grüner, exklusiver	36
An die Arbeit!	44
Akteure des Wandels	56
Literaturverzeichnis	62
Endnoten	64

Zum Geleit


Dieses Skriptum entstand in einem kollektiven Schreibprozess im Rahmen der **Schreibwerkstatt imperiale Lebensweise**. Diese fand von Jänner bis August 2019 statt, veranstaltet vom Kollektiv Periskop gemeinsam mit Ulrich Brand, Professor an der Universität Wien. Ziel ist, das politikwissenschaftliche Konzept der **imperialen Lebensweise** einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und insbesondere innerhalb von Gewerkschaften und Betrieben die Diskussion zu solidarischeren und ökologischen Produktions- und Lebensweisen voranzutreiben.


Der ÖGB und die Arbeiterkammer möchten das Ziel der Schreibwerkstatt gerne unterstützen und haben sich deshalb entschlossen, die Texte als Skriptum in die VÖGB/AK-Skriptenreihe aufzunehmen.


Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Texte rein als Diskussionsgrundlage zu verstehen sind und sie **keinerlei Positionen oder Beschlusslagen darstellen**.

SKRIPTEN ÜBERSICHT



SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	GK-5 Vom 1. bis zum 19. Bundeskongress
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte
		GK-8 Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB

Die VÖÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

Vorwort

Ein Ausblick auf das Skriptum besser die Menschen streiken, als das Klima streikt



Die Arbeit läuft dir nicht davon, wenn du deinem Kind den Regenbogen zeigst. Aber der Regenbogen wartet nicht, bis du mit der Arbeit fertig bist.
Chinesisches Sprichwort

Streik – traditionell ein Instrument von Arbeiter*innen¹, um für eine bessere Zukunft, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Im Jahr 2018 begannen Schüler*innen, an den **Fridays for Future** zu streiken. Sie gingen auf die Straße, weil ihre Zukunft auf dem Spiel steht. Es geht nicht nur um den Schutz des Klimas, sagen sie. Es geht um unsere Lebensbedingungen jetzt und in der Zukunft. Die Politik, die Zivilgesellschaft, die Unternehmen, die Gewerkschaften – alle müssen dringend umdenken und handeln. Durch die Coronakrise wurde noch deutlicher, auf welch wackeligen Beinen unser Wirtschaftsmodell aufgebaut ist. Nun stellt sich die Frage, wie die Wirtschaft und Arbeitswelt wieder aufgebaut werden. Außer Frage steht, dass fossile Brennstoffe wie Öl, Kohle und Gas im Boden bleiben und die Wirtschaftszweige, die darauf beruhen, umgebaut werden müssen. Es bleibt die brennende Frage des **Wie?**

Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen würden sagen: **Es gilt, Schluss zu machen mit der imperialen Lebensweise.** Mit einer Lebensweise, die im Alltag, im Produzieren und Arbeiten auf Kosten anderer geht. Auf Kosten nachfolgender Generationen, auf Kosten der Menschen, die schon jetzt am stärksten von der Klimakrise geplagt sind. Und auf Kosten derer, die billig und unter schlechten Arbeitsbedingungen für unsere imperiale Lebensweise schuften müssen. Auch jetzt schon zeigen sich hier zunehmend Schattenseiten des gängigen Wohlstandsmodells: Beschleunigung, Stress, zunehmend unsichere und unbefriedigende Arbeitsverhältnisse, steigende psychische und psychosomatische Erkrankungen, Konsum- und Konkurrenzdruck, Erwerbsarbeitslosigkeit und Zukunftsängste.

¹ Im gängigen Sprachgebrauch wird nur die männliche Form verwendet. Zur geschlechtergerechten Schreibweise verwenden wir hier auch die weibliche Form. Das Sternchen steht außerdem dafür, dass es vielfältige Formen gibt, Geschlechtsidentitäten zu leben und zu empfinden.

Es braucht einen **gerechten Strukturwandel**, bei dem sich nicht zuletzt auch die Art der Arbeit und des Wirtschaftens ändern – darum geht es im Skriptum. Vor welchen Herausforderungen und Aufgaben stehen Beschäftigte in Betrieben und Gewerkschaften, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen? Und wie kann es gelingen, die bevorstehenden Übergänge geordnet, friedlich und gerecht zu gestalten? Dazu stellen wir bestehende Alternativen und Ideen vor.

Wir, das ist ein Dutzend Menschen, die unbezahlt im Rahmen einer Schreibwerkstatt über ein halbes Jahr an diesem Skriptum gearbeitet haben. Uns eint die Sorge um die Zukunft und eine progressive und positive Weltsicht. Uns unterscheiden Herkunft, Alter, Geschlecht und Arbeitserfahrungen. Alle von uns haben studiert, manche von uns arbeiten im prekären Pflegebereich, andere betreuen ihre Kinder zu Hause, viele haben unbezahlte Praktika hinter sich. Wir arbeiten in Lohnarbeit in Unternehmen, Universitäten, NGOs und Kollektiven oder sind lohnarbeitslos. Auch wir haben nicht *die* einfache Lösung parat. Wir hoffen jedoch, einen Beitrag zur Debatte zu leisten und ins Gespräch über die Wurzeln der Probleme zu kommen.

Wir wünschen viel Freude, Stirnrunzeln und Ermutigung beim Lesen!

1 Nobel geht die Welt zugrunde?

Die imperiale Lebensweise

Wenn 26 Personen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung¹, die Masse der Fluginsekten in den letzten 30 Jahren um 75 % sank² und Grünwähler*innen am häufigsten im Flugzeug sitzen³, dann läuft etwas grundlegend schief. Woran liegt es, dass sich sowohl soziale Ungleichheit als auch Umweltkrise weiter zuspitzen, obwohl es kaum an Wissen darüber fehlt?



Großbritannien benötigte die Ressourcen des halben Planeten, um zu seinem Reichtum zu gelangen. Wie viele Planeten wird ein Land wie Indien benötigen?

*Mahatma Gandhi*⁴

Im Juli 2019 veröffentlichten die Vereinten Nationen einen Bericht zu „Klimawandel und Armut“⁵, der selbst die weitgehenden Forderungen der Fridays for Future-Bewegung zu wenig radikal erscheinen lässt: „Staaten haben jegliche wissenschaftliche Warnung und jeden Grenzwert überschritten, und die einst katastrophalsten Szenarien erscheinen heute wie die günstigsten und wahrscheinlichsten“,⁶ so Philip Alston, UN-Sonderberichtersteller zu extremer Armut und Menschenrechten. Der neue UN-Bericht zeigt eindringlich, was die Klimakrise nicht nur für die Erde, sondern auch für Menschen und Arbeiter*innen bedeutet.

Die Erderhitzung könnte bis 2030 über 120 Millionen Menschen zusätzlich in Armut stürzen, mit den heftigsten Auswirkungen in den Regionen, wo arme Menschen leben und arbeiten: „Wir riskieren das Szenario einer ‚Klima-Apartheid‘, in der Reiche dafür zahlen, Überhitzung, Hunger und Konflikten zu entkommen, während der Rest der Welt darunter leidet.“⁷ Während Menschen in Armut nur für einen geringen Teil der globalen Emissionen verantwortlich sind, werden sie den Großteil der Kosten tragen und haben am wenigsten Möglichkeiten, sich selbst zu schützen.

Wie lässt sich also der seit Jahrzehnten von sozialen Bewegungen geforderten **Klimagerechtigkeit** einen Schritt näherkommen? Sowohl die **Klimakrise** als

auch Ungleichheit sind menschengemacht – und lassen sich daher auch von Menschen beeinflussen. Ein Strukturwandel ist notwendig, und laut dem UN-Bericht auch möglich. Er braucht robuste Politik und Sicherheitsnetze auf lokaler und überregionaler Ebene, um vertriebene Arbeiter*innen zu unterstützen und Lebensgrundlagen zu garantieren: „Diese Krise sollte ein Katalysator sein, um lang ignorierte ökonomische und soziale Rechte umzusetzen, darunter das Recht auf soziale Sicherheit und Zugang zu Lebensmitteln, auf ein Gesundheitssystem, Obdach und gute Arbeit“, so Philip Alston.⁸ Auf die Umweltkrise zu reagieren, macht somit aus vielen Gründen Sinn. Dabei ist es wichtig, darauf zu achten, dass Klimaschutz nicht nur die Reichen schützt, sondern im Gegenteil zu Umverteilung führt – sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern.

Die Kluft wird größer

Abb. 1: Die Anteile am Netto-Gesamtvermögen sind nicht nur weltweit sondern auch innerhalb Österreichs ungleich verteilt.
Basierend auf Forbes & Co. 2017, New York; publiziert: 6. Juli 2017



1 Nobel geht die Welt zugrunde?

Österreich hat das viertgrößte Pro-Kopf-Einkommen der EU.⁹ Doch das Gesamtvermögen ist sehr ungleich verteilt: Ein Prozent der Menschen besitzt rund 40 % davon, im Schnitt 14 Millionen Euro pro Haushalt.¹⁰ Die ärmere Hälfte muss sich dagegen 2,5 % des Nettovermögens teilen¹¹ (siehe Grafik 1). Zwischen 1970 und 2014 ist in Österreich der Lohnanteil der ärmsten 20 % um rund 65 % gesunken, der Einkommensanteil des reichsten Prozents um rund 36 % gestiegen.¹² Dennoch wurden in den letzten Jahren die Sozialleistungen für jene, die ohnehin schon wenig haben, gekürzt – die dafür verantwortliche türkis-blaue Bundesregierung nannte das „Beschäftigungsanreiz“. Sie baute Rechte von Erwerbstätigen wie Beschränkungen der Tagesarbeitszeit oder Zumutbarkeitsbestimmungen bei den Wegzeiten ab und nannte das „Flexibilisierung“. Sie kürzte die Mittel für öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen und nannte die Verlagerung bezahlter Sorgearbeit in den privaten Bereich „Wahlfreiheit für Frauen“.¹³ Diese Einschnitte betreffen viele direkt: als Frauen, Eltern und Arbeitnehmer*innen, als Menschen ohne oder mit geringem Lohn.

Unter derartigen Umständen bleibt wenig Energie, sich über die Klimakrise und den eigenen Konsum Gedanken zu machen oder jeden Freitag auf die Straße zu gehen. Auf der einen Seite kaufen **Menschen mit niedrigem Einkommen** weniger Bio- und Fairtrade-Produkte. Auf der anderen Seite können sie sich auch seltener Flüge oder ein großes Auto leisten, wodurch sie insgesamt **weniger CO2-Emissionen** verursachen. In Deutschland konnte zum Beispiel nachgewiesen werden, dass Grünwähler*innen – die oft besser verdienen als der Durchschnitt – am häufigsten im Flieger sitzen und daher auch einen größeren ökologischen Fußabdruck haben.¹⁴ Von der Kaufkraft hängt auch ab, wen Umweltbelastungen im Alltag wie stark treffen: Niedrigverdienende leben eher in Wohnungen mit Fenstern auf die Autobahnauffahrt, befahren diese aber vergleichsweise wenig, weil sie seltener Autos besitzen. In den Villenvierteln am grünen Stadtrand ist die Feinstaubbelastung geringer, gerade dort stehen aber die meisten umweltschädlichen SUVs und warten auf die nächste Fahrt in die Innenstadt oder zum Zweitwohnsitz auf dem Land.¹⁵ Sind die Reichsten der Welt nun das Problem? Oder ist die Angelegenheit komplexer?

Fest im Sattel: Warum sich trotz Ungleichheit und Klimakrise bisher nichts ändert



Der Wohlstand der einen fußt auf dem Übelstand der anderen – und zwar sowohl innerhalb von Ländern wie zwischen diesen. **Auch österreichische Niedrigverdienende haben im weltweiten Vergleich immer noch einen großen ökologischen Fußabdruck.** Mit dem geringen Lohn können sie sich nur deshalb Konsumgüter leisten, weil die Produkte und Dienstleistungen von wieder anderen zu noch geringeren Löhnen erzeugt werden. Sie sind

gleichzeitig selbst Ausgebeutete und profitieren indirekt von der Ausbeutung anderer.¹⁶ Unser Konsum gründet darauf, dass auf billige Rohstoffe aus aller Welt zugegriffen wird und **Unternehmen Umweltschäden kostengünstig auslagern.** Die negativen Konsequenzen wie Naturzerstörung und Hungerlöhne sind auch selten direkt sichtbar, sie finden meist andernorts statt. Das Bewusstsein über die Probleme ist zwar größtenteils vorhanden, aber der Ressourcenverbrauch steigt weiter.

Im Alltag einer westlichen Industriegesellschaft ist es kaum möglich, nicht auf Kosten anderer zu leben. Oft machen Bequemlichkeit und kurzfristige Vorteile für jede*n Einzelne*n den Kauf einer Flugreise oder eines neuen Smartphones trotz allem attraktiv. Das macht uns nicht automatisch zu schlechten Menschen. Natürlich tragen alle auch einzeln Verantwortung.

Aber unsere **Art zu leben**, zu arbeiten und zu produzieren ist nicht nur eine freie und individuelle Entscheidung, **sondern wird durch Institutionen und beste-**

1 Nobel geht die Welt zugrunde?

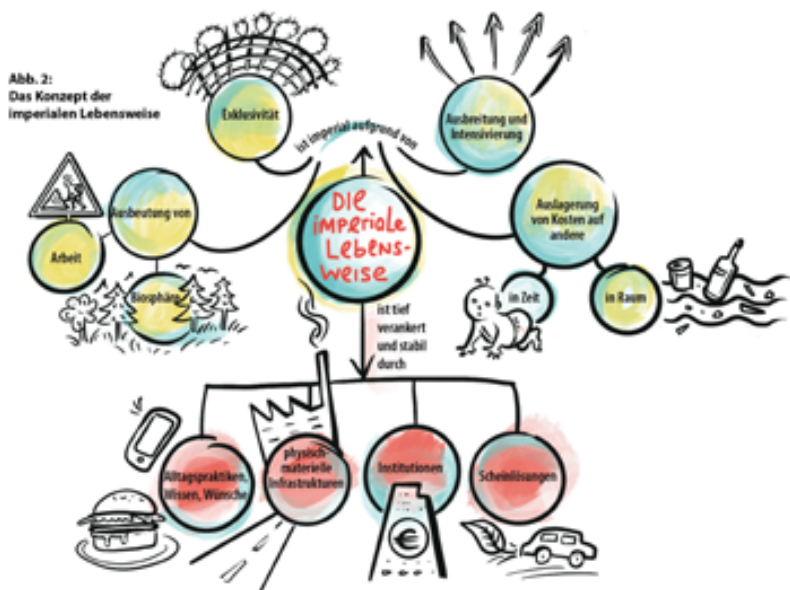
hende Infrastrukturen mitbestimmt, die unsere Handlungsmöglichkeiten steuern und begrenzen. Durch individuelle Konsumententscheidungen lässt sich kaum beeinflussen, wie Banken agieren, wie die Wirtschaft funktioniert oder wo neue Autobahnen und Flugpisten gebaut werden. Es muss sich also im größeren Zusammenhang die Art und Weise verändern, wie wir als Gesellschaft produzieren und arbeiten.

Ein Grund für die Stabilität der ungerechten und zerstörerischen Spielregeln ist auch, dass viele politische Parteien und mächtige Akteure vereinfachte Lösungen für die Probleme präsentieren: **neoliberale Politiken**, die den Markt alle Herausforderungen regeln lassen wollen; **grüne Scheinlösungen**, die durch Effizienz und Technologien neue Wachstumschancen wittern; **Rechtspopulismus**, der Migrant*innen als Sündenböcke präsentiert (siehe Kapitel „Größer, grüner, exklusiver“). So greift es auch zu kurz, die Schuld wenigen Superreichen zuzuschieben, denn die aktuelle Produktionsweise ist tief in Wirtschaft und Gesellschaft verankert. Gerade im Globalen Norden profitieren fast alle von ihr – wenn auch manche mehr als andere.

Auf Kosten anderer: Die imperiale Lebensweise

All das beschreiben die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen als imperiale Lebens- und Produktionsweise¹⁷

Abb. 2: Die Lebensweise der meisten Menschen in Österreich und im Globalen Norden ist imperial, denn sie kann nur existieren, indem systematisch auf billigste Arbeit und billigste Ressourcen anderswo zugegriffen wird. Sie ist exklusiv und nicht unendlich verallgemeinerbar – denn sie braucht stets Orte und Menschen, auf die die Kosten ausgelagert werden. Da sie sich ausbreitet und intensiviert, stößt sie zunehmend an Grenzen, was zu Erderhitzung, Ressourcenknappheit, Konflikten und Kriegen führt. Trotzdem ist es schwer, diese Lebensweise zu verändern – sie ist stabil, da sie fest in unserem Alltag verankert ist. Es ist kaum möglich, als Einzelperson nicht auf Kosten anderer zu leben, auch weil die Infrastrukturen (wie Autobahnen) und Institutionen (wie Banken, Schulen, Ministerien), die uns umgeben, diese Art zu leben und zu wirtschaften fördern. Stabil ist sie auch, weil Scheinlösungen (wie die Hoffnung auf technologische Wunderlösungen oder zu einfache politische Antworten) verhindern, dass die wahren Ursachen der Probleme in Angriff genommen werden.



Paradox an der imperialen Lebensweise ist vor allem, dass Beschäftigte in Österreich gleichzeitig Ausgebeutete und Ausbeutende sind. Dass nach der Lohnarbeit ein Feierabend mit gewissen Annehmlichkeiten winkt, ist einerseits den langjährigen gewerkschaftlichen Kämpfen um den Achtstundentag, höhere Löhne und Sozialstandards zu verdanken – also Kämpfen gegen die eigene Ausbeutung, in denen der Kapitaleseite mal mehr und mal weniger Zugeständnisse abgerungen werden können. Andererseits beruhen aber viele der hier genutzten Produkte, Dienstleistungen und Infrastrukturen auf Ausbeutung, die „anderswo“ stattfindet. So leiden unter dem **Trend zum jährlich wechselnden billigen Smartphone**, den z. B. T-Mobile mit seiner „JUHU-Kampagne“¹⁸ setzt, eine Vielzahl an Lohnarbeitenden in China und dem Kongo sowie die dortigen Böden und Gewässer (siehe Kapitel „In 80 Produktionsschritten um die Welt“).

Die einen leben auf dem Rücken der anderen. Herkunftsland, Hautfarbe, Geschlecht und weitere nicht beeinflussbare Kategorien bestimmen aufgrund bestehender Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus zusätzlich, wessen Rücken dabei wieviel Last trägt (siehe Kapitel „Arbeitsmigration: Aus-

1 Nobel geht die Welt zugrunde?

beutung willkommen!"). Diese Unterschiede gibt es innerhalb von Gesellschaften, besonders aber auf globaler Ebene zwischen den reichen Ländern des Globalen Nordens und dem Globalen Süden. Doch auch im Globalen Süden entstehen mit zunehmender Industrialisierung Mittelschichten, die ähnlich leben wollen, wie es ihnen der Globale Norden vormacht. Auto, Eigenheim, Fleisch und Flugreisen – während die imperiale Lebensweise für die einen Normalität ist, ist sie für die anderen ein Zukunftsversprechen. **Über 1.200 Flughäfen werden derzeit weltweit gebaut oder ausgebaut, Asien ist ganz vorne mit dabei.**¹⁹

Diese Lebensweise ist nicht verallgemeinerbar. Sie wird als imperial bezeichnet, weil sie ein „Außen“ voraussetzt, einen Bereich, der noch ausgebeutet werden kann, wo Arbeitskräfte und natürliche Ressourcen billig zur Verfügung stehen. Einen Bereich, auf den auch die entstehenden Probleme und der Müll unserer Lebens- und Produktionsweise abgeladen werden können. Da die neuen Mittelschichten des Globalen Südens ebenso ein Außen benötigen, schrumpft dieser externe Bereich aber allmählich.²⁰ Auf einem begrenzten Planeten kann sich die imperiale Lebensweise nicht ewig ausbreiten.



→ Infobox 1: Neoliberalismus und imperiale Lebensweise

In den 1970er-Jahren geriet die imperiale Lebensweise erstmals sichtbar an ihre Grenzen: Die steigenden Ölpreise brachten die auf fossiler Energie basierenden Wirtschaften des Globalen Nordens in Bedrängnis, gleichzeitig pochten Befreiungsbewegungen im Globalen Süden auf eine gerechtere Verteilung des weltweiten Wohlstands. Die bis dahin vorherrschende sozialdemokratische Wirtschaftspolitik (Keynesianismus) schien nicht in der Lage, die Krise zu bewältigen. Schon bald setzte sich in den Debatten um eine neue Weltwirtschaftsordnung der Neoliberalismus als vorherrschende Ideologie durch. Diese stellte die imperiale Lebens- und Produktionsweise jedoch nicht in Frage, sondern ließ zu, dass sie sich weiter vertiefen und ausbreiten konnte.²¹



Mit politischen Vertreter*innen wie Ronald Reagan in den USA, Margaret Thatcher in Großbritannien, Gerhard Schröder in Deutschland und Wolfgang Schüssel in Österreich wurde der Neoliberalismus in den vergangenen 40 Jahren Stück für Stück salonfähig gemacht und als alternativlos dargestellt. Nur durch eine strenge Sparpolitik, so wurde immer wieder beteuert, könne man den errungenen Wohlstand (und damit die imperiale Lebensweise im Westen) aufrechterhalten. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche mussten sich der Marktlogik fügen, obwohl eine marktförmige Organisation in vielen Bereichen nicht sinnvoll ist. Das gilt sowohl für Klimaschutz als auch für Bildung, das Gesundheitswesen und öffentliche Infrastrukturen. Bei Marktversagen wird die Verantwortung gerne auf Einzelpersonen, etwa Erwerbsarbeitslose, abgeschoben, anstatt das System zu hinterfragen.

Weltweit schwächten seither Regierungen mit neuen Gesetzen die Gewerkschaften, privatisierten staatliche Betriebe und öffentliche Güter. In Österreich fielen darunter z. B. die Privatisierungen von OMV, Post, Austria Tabak, Telekom und Voestalpine. Während die Regierungen finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für Bedürftige strichen, gaben sie Konzernen Steuerbegünstigungen und schufen Vermögenssteuern ab – so z. B. 2008 die Erbschaftssteuer in Österreich. Auch nach der Wirtschaftskrise 2009 stellte man die imperiale Lebensweise nicht in Frage, sondern verschärfte die neoliberale Politik weiter. Ländern wie Griechenland und Italien verordnete die EU ein scharfes Austeritätsprogramm und auch in Österreich verschlechterte sich unter der Regierung Kurz die Lage der Lohnarbeitenden: Neben der Einführung des 12-Stunden-Tags wurden die Mindestsicherung und Förderungen für das AMS und gemeinnützige Vereine gekürzt sowie der Unfallversicherung 500 Millionen Euro gestrichen.²² Dass individuelle Tüchtigkeit zum wirtschaftlichen Erfolg ausreicht, wurde bereits oft widerlegt. Die Mär findet aber immer noch viele Unterstützer*innen, welche die Welt als „marktkonforme Demokratie“ sehen möchten, in der folglich Konsum die einzige Form der Mitbestimmung ist.

2 Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten

Das vermeintliche Dilemma zwischen Arbeit und Umwelt

Die Klimakrise ist untrennbar mit den entscheidenden sozialen Fragen der Zukunft verknüpft. Dennoch werden soziale Gerechtigkeit und Umwelt immer wieder gegeneinander ausgespielt. Ein sozial gerechter und zugleich ökologischer Umbau ist jedoch wesentlich für den langfristigen Erhalt unserer Lebensgrundlage.



Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.

Erich Fried

Das Jahr 2019 begann in Österreich mit Trockenperioden, sodass Landwirt*innen schon im April vor Ernteaussfällen warnten.²³ Das vorausgehende Jahr 2018 war das wärmste seit Beginn der Messgeschichte vor 251 Jahren.²⁴ Auch die Sommer davor waren überdurchschnittlich heiß: In den Jahren 2013, 2015 und 2017 starben in Österreich mehr Menschen an Folgen der Hitze als im Straßenverkehr.²⁵ Wir leben mitten in der Klimakrise, und bekommen alle ihre Auswirkungen zu spüren – wenn auch unterschiedlich stark (siehe Kapitel „Nobel geht die Welt zugrunde?“). Die **Klimakrise** ist **Teil einer ökologischen und sozialen Vielfachkrise**. Das heißt: Selbst wenn sich morgen wie durch ein Wunder die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre stabilisieren ließe, wären die ökologischen und sozialen Probleme der Menschheit nicht gelöst.

Ein paar Schlaglichter zeigen die Folgen davon, dass die aktuelle Produktions- und Lebensweise von fossilen Energieträgern und endlichen Rohstoffen abhängig ist: Kohleunternehmen in den US-amerikanischen Appalachen sprengen ganze Bergkuppen, um an die kohleführenden Gesteinsschichten zu gelangen. Die Deckschichten schütten sie in Täler und zerstören damit Fluss-Ökosysteme auf einer Länge von 1.900 Kilometern.²⁶ Verschmutztes Trinkwasser und Kohlestaub in der Luft haben schwere gesundheitliche Auswirkungen auf die Bergarbeiter*innen und Menschen, die in der Umgebung wohnen.²⁷

Im Norden Chinas wiederum bauen Arbeiter*innen ohne jegliche Gesundheitsvorkehrungen seltene Erden ab, die für Computer, Smartphones, Batterien und

andere Elektronikprodukte benötigt werden. Dabei entstehen für eine Tonne Seltene-Erden-Oxide bis zu 63.000 Kubikmeter hochgiftige Abgase, 20 Kubikmeter säurehaltiges Abwasser und 1,4 Tonnen radioaktiver Abfall. Chemikalienvergiftungen und Lungenerkrankungen sind unter den Arbeiter*innen weit verbreitet.²⁸ **In der imperialen Lebensweise hängen gesundheitliche Belastungen für Menschen und rücksichtslose Naturaneignung eng zusammen.**

Auch in der **industriellen Landwirtschaft** muss sich die Gesundheit von Mensch und Umwelt dem Profitzwang unterordnen: „Wachse oder weiche!“ scheint der inoffizielle Leitspruch für Österreichs Landwirtschaft zu sein. Während immer mehr kleinbäuerliche Betriebe zugrunde gehen, vergrößert sich die durchschnittliche Betriebsgröße laufend.²⁹ Denn öffentliche Fördermittel werden nach Fläche und Ertrag bemessen – wer mehr hat, bekommt auch mehr.³⁰ Dass Großbetriebe ihre Flächen meist industriell bewirtschaften, hat **weitreichende Auswirkungen auf die Umwelt**. Pestizide, Überdüngung und Grundwasserverschmutzung bedrohen die lokale Artenvielfalt. Der Weltrat für Biodiversität (IPBES) stellte in einem neuen Bericht fest, dass von weltweit acht Millionen Tier- und Pflanzenarten derzeit eine Million Arten vom Aussterben bedroht sind. Davon sind 75 % Insekten, die für die Bestäubung und Ausbreitung von Samen unerlässlich sind.³¹ Damit Landwirt*innen im globalen Wettbewerb bestehen können, nehmen sie Artenverlust, problematische Tierhaltung und Überbeanspruchung von Böden jedoch meist in Kauf.³² Vom Konkurrenzdruck getrieben vernichtet die Landwirtschaft so ihre eigenen Grundlagen.

Geht's auch ohne Wachstumszwang?

Den starken Wettbewerb spüren viele Menschen in Form von **sinkenden Sozialstandards, Lohnsenkungen** und **Arbeitszeitverdichtung** (siehe Kapitel „Ich arbeite, also bin ich“). Auch die Besitzer*innen der Produktionsmittel sind dem kapitalistischen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Nur durch steigende Verkaufszahlen und sinkende Produktionskosten können sich Unternehmen aktuell am Markt durchsetzen.

Und die Rolle der Umwelt in diesem System? Je schneller Menschen arbeiten und produzieren, desto mehr Energie und Ressourcen verbrauchen sie. Zwischen

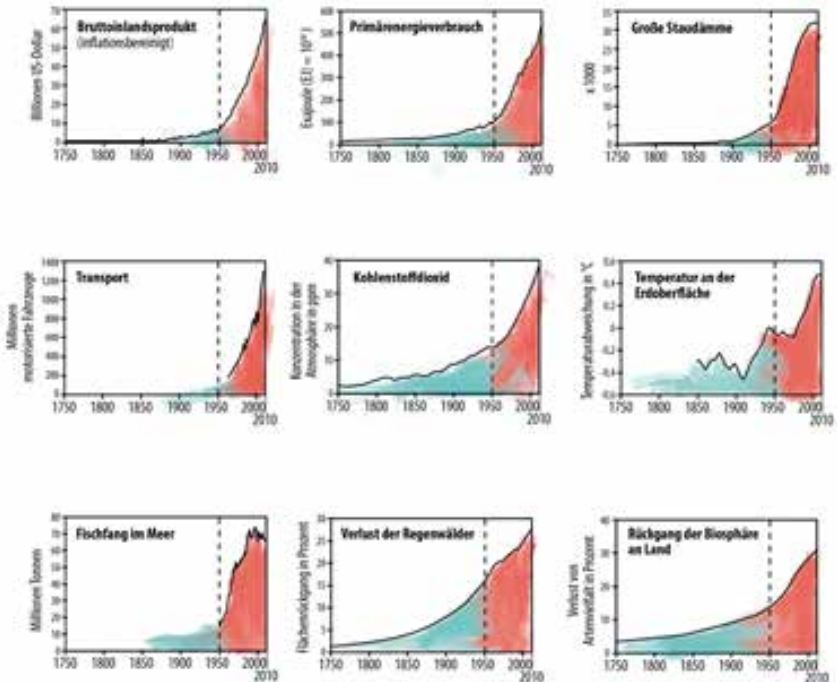
Es gibt keine Jobs 2 auf einem toten Planeten

der **Ausbeutung von Arbeit** und der **Ausbeutung des Planeten** besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Eine stetig wachsende Wirtschaft benötigt immer mehr Rohstoffe und produziert immer mehr Schadstoffe und Müll (siehe Abb 3). Eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch ist bisher ein Wunschtraum (siehe Kapitel „Größer, grüner, exklusiver?“).



Abb. 3: Die große Beschleunigung. Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise hinterlässt Spuren: Soziale, wirtschaftliche und planetare Entwicklungen zwischen 1750 und 2010 folgen einem klaren Trend.

(Basierend auf Steffen u. a. 2011)



Gewerkschaften in der Zwickmühle

Vertreter*innen der Industrie und Politik, häufig zusammen mit Gewerkschaften, verteidigen umweltschädigende Industriezweige mit dem Argument, dass ohne sie ein Verlust von Arbeitsplätzen drohe. So entstehen immer wieder Allianzen aus Unternehmer*innen und Beschäftigten, die Umweltzerstörung in Kauf nehmen, wie es etwa bei der Debatte um die dritte Piste am Wiener Flughafen der Fall ist. Solange die imperiale Lebensweise als alternativlos dargestellt und nur über Reformen innerhalb des Bestehenden verhandelt wird, scheinen sich die **Wahlmöglichkeiten auf entweder Arbeitsplätze oder Umwelterhalt** zu begrenzen. Daran festzuhalten heißt aber auf lange Sicht, beide zu verspielen. Denn für welche Arbeitsplätze werden Gewerkschaften kämpfen, wenn es keine funktionierenden Ökosysteme mehr gibt?

Es lohnt sich also, über Alternativen nachzudenken, die dem Wettbewerbs- und Wachstumszwang den Rücken kehren und die Interessen von Arbeit und Umwelt versöhnen. Unter dem Schlagwort **Just Transition** beteiligen sich Gewerkschaften daran, Wege für einen ökologischen und gerechten Strukturwandel zu finden, der nicht auf Kosten von Beschäftigten geht (siehe Kapitel „An die Arbeit!“). Auch **gute Arbeit und gutes Leben** für alle sind Konzepte, die Gewerkschaften zunehmend aufgreifen, um zukunftsfähige Lösungen zu diskutieren. Ins Licht gerückt wird dabei nicht nur die Art und Weise, wie wir arbeiten, sondern auch das Ziel unseres Arbeitens – denn Arbeit ist kein Selbstzweck.

3 Ich arbeite, also bin ich?

Warum Arbeit nicht gleich Erwerbsarbeit ist und warum es sich lohnt, den herrschenden Arbeitsbegriff in Frage zu stellen.

Arbeit ist ein zentraler Bestandteil unseres Alltags. Aber was ist Arbeit eigentlich? Oft wird gesellschaftlich nur die Arbeit wertgeschätzt, die entlohnt wird. Reproduktions- und Sorgearbeit bleiben unsichtbar, Menschen ohne Erwerbsarbeit werden stigmatisiert.

Beginnen wir mit einem Gedankenexperiment: Wir stellen uns vor, die Weltgemeinschaft könnte den Wert von Arbeit neu verhandeln. Welche Arbeit würde wie entlohnt werden? Welche Lohnunterschiede empfänden wir als fair? Ein schwieriges Vorhaben. Denn fest steht: Fast jeder Mensch auf der Welt arbeitet. Ob körperlich oder mental, Wohnung putzen, Fliesen legen oder Büroarbeit, ein Bild malen, lernen oder eine Party vorbereiten – wir arbeiten.

Wenn wir arbeiten, treten wir mit der Welt in Beziehung: Wir bearbeiten Rohstoffe, wir kommunizieren, wir erschaffen etwas. Damit sind wir Teil eines Prozesses der Lebenserzeugung.³³ Und wir freuen uns, wenn wir etwas für die geleistete Arbeit bekommen – nicht nur Geld, sondern auch Anerkennung und Wertschätzung. Welche Tätigkeiten aber gesellschaftlich als Arbeit anerkannt sind und finanziell entlohnt werden, hängt mit dem herrschenden Wirtschaftssystem zusammen. **Nicht die Arbeitenden entscheiden über den Wert der Arbeit, sondern meist jene, die aus der Arbeitskraft anderer ihr Kapital beziehen und von niedrigen Löhnen profitieren.**

Die kapitalistische Produktionsweise ist darauf ausgelegt, Arbeitskraft möglichst billig zu machen, um die Gewinnspanne der Arbeitgeber*innen zu maximieren. Eingespart wird bei der Entlohnung deshalb jene Zeit, die die Arbeitenden brauchen, um ihre Arbeitskraft wieder zu regenerieren. Wir Menschen sind keine Maschinen, die pausenlos produzieren und funktionieren können. Wir brauchen Erholung und Regeneration, für die wiederum die Reproduktionsarbeit die Grundlage liefert: den Haushalt führen, einkaufen, Essen zubereiten, (Kranken-) Pflege, Kinder umsorgen.

Reproduktionsarbeit wird dabei oft nicht als Arbeit anerkannt, sondern gilt als private Freizeitaktivität. So erscheint es logisch, dass sie nicht bezahlt wird, wäh-

rend Unternehmen sehr wohl davon profitieren. Im Jahr 1995 schätzten Forscher*innen den finanziellen Wert von nicht bezahlter Arbeit auf 16 Billionen US-Dollar. Davon würden elf Billionen auf die unbezahlte Arbeit von Frauen entfallen, was zum Zeitpunkt der Erhebung etwa ein Drittel der gesamten globalen Wirtschaftsaktivitäten darstellte.³⁴ Unser System macht also genau jene Tätigkeiten sozial und finanziell unsichtbar, auf denen es beruht.³⁵

Neben den Kosten der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft müssen wir auch die Kosten für jene Tätigkeiten der Lebenssorge, die nicht der eigenen Reproduktion dienen, selbst tragen, wie etwa die Pflege alter und kranker Menschen. Neben der Vollerwerbstätigkeit fehlt jedoch vielfach die Zeit für die Sorge um Angehörige. Diese **gesellschaftlich nicht anerkannte Arbeit** wiederum wird an jene Bevölkerungsgruppen ausgelagert, die politisch keine Lobby haben oder gewerkschaftlich nur marginal vertreten sind – häufig Migrantinnen (siehe Kapitel „Arbeitsmigration: Ausbeutung willkommen!“). Das hat dramatische Folgen für die Beschäftigten der bezahlten **Care-Arbeit** (englisch für Pflegearbeit): Obwohl diese neben dem Finanz- und allgemeinen Dienstleistungssektor in den wohlhabenden westlichen Ländern das größte Wirtschaftswachstum aufweist,³⁶ verbleiben Care-Arbeiter*innen im Niedriglohnssektor.³⁷

Während die Güterproduktion zunehmend in Billiglohnländer ausgelagert wird (siehe Kapitel „In 80 Produktionsschritten um die Welt“), sind es bei der sozialen Reproduktionsarbeit vor allem Frauen und Migrant*innen, auf deren Kosten sich das System am Leben hält. Wie Grafik 2 zeigt, zieht sich die Auslagerung und Entwertung von Arbeit als Prinzip durch die imperiale Lebensweise.

Der Lohn der Arbeit oder: Schafft Freizeit Freiheit?

Beim Thema Lohnarbeit geht es, wie oben erwähnt, immer auch um die Frage, wie wir über unsere freie Zeit verfügen und wie viel Gestaltungsraum wir haben. Manche sind mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden, andere weniger oder gar nicht. Sinkende Arbeitszufriedenheit,³⁸ „Bullshit-Jobs“³⁹ und die steigende Anzahl unbezahlter Mehr- und Überstunden führen zur Frage: Warum tun wir uns das an? **Für wen lohnt sich Lohnarbeit?**

3 Ich arbeite, also bin ich?



Zunächst wandeln wir in der Erwerbsarbeitszeit unsere Lebenszeit in Kaufkraft um.⁴⁰ In unserem Wirtschaftssystem brauchen wir Geld, um die Grundbedürfnisse abzude-

cken. Doch wenn die Wirtschaft brummen soll, müssen die Verkaufszahlen steigen – also sorgen die Produzent*innen dafür, uns ständig neue Wünsche in den Kopf zu schleusen.⁴¹ Dauerhaft umgeben von offensichtlicher und versteckter Werbung trägt was und wieviel wir konsumieren zu einem entscheidenden Teil unseres Selbstwertgefühls bei. Und egal, welches schnittige Auto man gerade gekauft oder welche Urlaubsreise man gemacht hat – bald gibt es neue Modelle oder neue Reiseziele, die noch mehr Glück versprechen.⁴² Konsumgüter und gekaufte Dienstleistungen machen uns auf den ersten Blick freier, gehen jedoch auch mit neuen Abhängigkeiten einher. **Und je mehr wir arbeiten, produzieren und konsumieren, desto mehr natürliche Rohstoffe verbrauchen wir, desto mehr Abfall produzieren wir, desto mehr schaden wir dem Planeten, auf dem wir leben.**⁴³ Es ist ein Kreislauf, der nur schwer zu durchbrechen ist.

Sichere Arbeit? Nicht normal!

Das sogenannte ‚Normalarbeitsverhältnis‘, also eine gesicherte Vollzeitanstellung mit fixen Arbeitszeiten und einem existenzsichernden Gehalt, ist heute längst nicht mehr die Regel. Neue Formen von Arbeitsverhältnissen, wie **Leiharbeit**, **Ein-Euro-Jobs**, **Kettenverträge** oder **Scheinselbstständigkeit**, bringen den Abbau sozialer und politischer Rechte mit sich. Dazu zählen Pensions-, Arbeits-, Krankenversicherung und betriebliches Mitbestimmungsrecht. Gleichzeitig leiden Menschen unter Armut, obwohl sie über ihre Kräfte arbeiten. Andere werden für ihre Arbeit zwar angemessen entlohnt, haben aber mit Zeit- und

Gesundheitsproblemen zu kämpfen. Der Arbeitsgesundheitsmonitor der Arbeiterkammer erhob im Jahr 2016, dass sich knapp ein Drittel der österreichischen Beschäftigten stark belastet fühlte. Zwei Drittel waren arbeitsbedingt gestresst, besonders Lehrer*innen, Schicht- und Bauarbeiter*innen, aber auch Pflegepersonal und Einsatzkräfte. Die Ursachen dafür reichen von Lärm und fehlenden Rückzugsräumen am Arbeitsplatz über mangelnde Wertschätzung, monotone Aufgaben, Kontroll- oder Sinnverlust bis hin zu Überforderung, Überstunden und fehlenden Regenerationsphasen.⁴⁴



„Die, die arbeiten gehen, also Arbeit geben, nennen wir Arbeitnehmer. Und die, die die Arbeit nehmen, heißen Arbeitgeber. Warum eigentlich?“

Trotz schlechter Arbeitsbedingungen sehen sich Menschen gezwungen, auch unsichere Jobs anzunehmen, um der Erwerbslosigkeit zu entgehen. Denn Arbeitslosigkeit bringt in unserer Gesellschaft nicht nur materielle Armutsgefährdung, sondern oft auch den sozialen Ausschluss mit sich.⁴⁵ Wie selbstverständlich beantworten wir im Smalltalk die Frage „Und was machst du?“ mit der Nennung unserer Erwerbsarbeit. Dieses Verständnis von Erwerbstätigkeit als einzig gültige Arbeitsform ist auch tief in unseren Institutionen verankert.

Betrachten wir zum **Beispiel** das **Arbeitsmarktservice (AMS)**: Der juristische und politische Auftrag des AMS lautet, alle arbeitsfähigen Personen in ein Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln¹, wobei die Qualität der Jobs und die Qualifikation und Interessen der Jobsuchenden kaum Berücksichtigung finden. Das führt dazu, dass statt guter Arbeit oft schnelle Arbeit gesucht wird. Um prekäre Arbeitsverhältnisse auszugleichen, zahlt das AMS teilweise Lohnzuschüsse.⁴⁶ Die Kehrseite: Unternehmen werden aus der Verantwortung genommen, gute Arbeit zur Verfügung zu stellen und gerechte Löhne zu zahlen.

¹ §30ff. Bundesgesetz über das Arbeitsmarktservice (Arbeitsmarktservicegesetz – AMSG)

3 Ich arbeite, also bin ich?

Dadurch verstärkt sich das Prinzip, dass Erwerbsarbeit um jeden Preis und ohne Berücksichtigung der Rahmenbedingungen angenommen werden muss. Die aktuellen Zumutbarkeits- und Sanktionsbestimmungen des AMS machen es schwer, sich gegen einen vermittelten Job zu entscheiden: Bereits nach erstmaliger Ablehnung einer „zumutbaren“ Stelle oder bei der Nichtteilnahme an verordneten Schulungen kann der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe für einen begrenzten Zeitraum aberkannt werden. Anspruch auf Urlaub (vermittlungsfreie Zeit) oder Pflegefreistellungen gibt es nicht.⁴⁷ Arbeitswilligkeit und Verfügbarkeit gelten als unbedingte Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen.

Das Prinzip lautet „Leistung nur für Gegenleistung“ und zieht sich dogmatisch durch das österreichische Sozialsystem. **Sozialstaatliche Leistungen sind fast immer an die Bedingung der Erwerbsarbeit oder zumindest der Erwerbsarbeitswilligkeit geknüpft.**⁴⁸ Damit erhält der Staat ein mächtiges Disziplinierungsmittel: Menschen, die nicht erwerbstätig sind, können als Faulenzer*innen abgestempelt werden, die den Erwerbstätigen auf der Tasche liegen. „Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden“,⁴⁹ stand im Programm der türkis-blauen Bundesregierung, die die Sozialhilfe unter das Niveau der Existenzsicherung kürzte und das mit Leistungsanreizen begründete. Damit werden Erwerbstätige gegen Erwerbslose ausgespielt, und es wird eine Aushöhlung des Wohlfahrtsstaats gerechtfertigt.

An anderer Stelle steigen manch staatliche Leistungen paradoxerweise mit der Höhe des Einkommens, wie das aktuelle Beispiel des Familienbonus zeigt.⁵⁰ Gleichzeitig liegt das Armutsrisiko für Menschen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, bei 52 %.⁵¹ Sich gegen Erwerbsarbeit zu entscheiden wird so zum Privileg einer finanziell abgesicherten Elite. Das politische Motto lautet somit im Grunde: „Vermögensbesitz lohnt sich“.

Es braucht neue Systeme der sozialen Absicherung, die unabhängig von Erwerbsarbeit sind (siehe Kapitel „An die Arbeit!“). **Wenn würdige Bedingungen für alle Menschen** – auch abseits der Erwerbsarbeit – bestehen, schwebt Erwerbslosigkeit nicht mehr als bedrohliches Damoklesschwert über unseren Köpfen und die Verhandlungsmacht der Erwerbsarbeitenden steigt. Betriebsrät*innen und Gewerkschaften können eine wichtige Rolle bei dieser Entwicklung einnehmen und damit den eigenen Handlungsspielraum erweitern.

Die zentrale Frage dabei ist: Für welche Jobs und für welches Leben kämpfen wir?

Arbeit ist nicht gleich Arbeit. In den nächsten Kapiteln beleuchtet diese Broschüre zwei besondere Baustellen im Bereich Arbeit: Erstens die globale Vernetztheit von Produktion und die Ausbeutung von Arbeit und Umwelt entlang der Wertschöpfungsketten, und zweitens die Ausbeutung von migrantischer Arbeit innerhalb Österreichs. Dabei wird deutlich, dass beides nicht etwa unbedeutende Nebeneffekte, sondern zentrale Standbeine unseres Wirtschaftens in der imperialen Lebensweise und Arbeitsweise sind.

4 In 80 Produktionsschritten um die Welt

Ausbeutung von Menschen und Natur entlang globaler Güterketten

Globale Güterketten versorgen uns mit den verschiedensten Dingen des Alltags, doch basiert die Produktion oft auf menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung rund um den Globus. Was können Beschäftigte und Gewerkschaften tun, um Güterketten fairer und ökologischer zu gestalten?

Die meisten von uns besitzen ein **Smartphone**. Der Alltag ohne ein solches Gerät ist für viele kaum noch vorstellbar. Doch unter welchen Bedingungen werden diese kleinen Hochleistungscomputer hergestellt? Ein Großteil der heute gängigen Smartphones wird vom taiwanesischen Unternehmen Foxconn und seinen Tochterunternehmen zusammengebaut. In 30 Produktionsstätten in China fertigen über eine Million Beschäftigte insgesamt 40 % aller weltweit hergestellten Elektronikartikel⁵² – oft in Schichten von zwölf bis 15 Stunden und bis zu sieben Tage die Woche.⁵³ Im Jahr 2010 wurde bekannt, dass 18 Arbeiter*innen in einer Fabrik in Shenzhen versucht hatten, sich das Leben zu nehmen – 14 davon kamen um. Als Reaktion montierte das Unternehmen Sicherheitsnetze vor den Fenstern, um weitere Arbeiter*innen vom Suizid abzuhalten. Die Arbeitsbedingungen blieben vorerst dieselben.⁵⁴

Die **Produktionskette** eines Smartphones **führt um den gesamten Globus** (siehe Grafik 4). Einige der darin verbauten Rohstoffe kommen aus Kriegs- und Krisengebieten. In der Demokratischen Republik Kongo finanzieren kriegsführende Parteien mit dem Verkauf von Coltan² neue Waffen, gleichzeitig verschmutzt der Rohstoffabbau das Trinkwasser.⁵⁵ Die sozialen und ökologischen Kosten für die Produkte aus globalen Güterketten verbleiben oft in den Ländern des Rohstoffabbaus und der Produktion – die Profite hingegen sammeln sich bei den Unternehmen am Ende der Güterkette.

2 Aus dem Erz Coltan wird das Metall Tantal gewonnen. Tantal ist ein Bestandteil der Kondensatoren von Smartphones.

Die Emissionen, die bei der Produktion entstehen, werden wiederum den Erzeugerländern zugerechnet – nicht etwa denen, die die Handys nutzen.³ Die Transportkosten sind in den vergangenen Jahrzehnten derart gesunken, dass sie beim Endpreis der Güter kaum noch ins Gewicht fallen. **Schweröl, der**

ES WAR EINMAL EIN
RIESIGER GÜTIGER WELTKONZERN
DER NUR DAS BESTE FÜR DIE
MENSCHEN WOLLTE



Treibstoff von Containerschiffen, wird nicht besteuert, ebenso wenig das Kerosin von Flugzeugen.⁵⁶ Vom Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 sind die internationale Luft- und Schifffahrt ebenfalls ausgenommen. So können Unternehmen die billigsten Standorte wählen, ohne an Zusatzkosten und Emissionen zu denken. Nur so ist es möglich, dass derart lange Güterketten zustande kommen.

Das Ausbreiten der imperialen Lebensweise führt dazu, dass auch in Schwellenländern soziale und ökologische Kosten zunehmend auf andere Regionen ausgelagert werden. **In China beispielsweise zerstören industrielle Produktion und Rohstoffabbau ganze Landstriche.** Das führt auch vor Ort zu Umweltprotesten. Nun bezieht China Kohle, Öl und seltene Metalle zunehmend aus Afrika und Südostasien, was auch die Umweltschäden verschiebt.⁵⁷ Ebenso lagern chinesische Firmen vermehrt Produktionsstätten aus, weil mittlerweile Textilien und Schuhe anderswo, z. B. in Äthiopien, billiger produziert werden können.⁵⁸ Hier zeigt sich eine der paradoxen Eigenschaften der imperialen Lebensweise: Sie breitet sich stetig aus, braucht aber gleichzeitig Orte, auf die sie die Schäden abladen kann. Aber wohin werden etwa afrikanische Länder einmal ihre sozialen und ökologischen Kosten auslagern ?

³ Die offizielle Berechnung des IPCC folgt der Logik der produktionsbasierten Emissionen. Ein alternativer Ansatz ist die konsumbasierte Berechnung, laut der 60 % der österreichischen Emissionen im Ausland anfallen, davon 34 % außerhalb der EU. (Siehe Steinger u.a. [2018])

In 80 Produktionsschritten um die Welt

4



Österreich in globalen Güterketten

Weltweit steigt der Druck, immer schneller und billiger zu produzieren. Das ist auch in Österreich spürbar. Österreichische Unternehmen sind Kettenglieder in globalen Güterketten: Die „heimische“ Fleischindustrie beispielsweise speist sich aus dem Import von bis zu 550.000 Tonnen Soja pro Jahr.⁵⁹ Für den **Sojaanbau** werden in Südamerika große Flächen Regenwald abgeholzt, die Anbaufläche hat sich von 18 Millionen Hektar im Jahr 2002 auf 33 Millionen Hektar im Jahr 2015 fast verdoppelt.⁶⁰

Mit dem Wald schwinden sowohl CO₂-Aufnahmekapazitäten als auch Tier- und Pflanzenarten. Unter großflächigem Einsatz von Unkrautbekämpfungsmitteln, die den gentechnisch veränderten Pflanzen nichts anhaben können, erzeugen Agrarunternehmen billige Futtermittel.⁶¹

Gleichzeitig verdrängen sie zunehmend lokale kleinbäuerliche Strukturen. Um in der von Konkurrenz und Profit bestimmten Landwirtschaft zu bestehen, ist der Großteil der österreichischen Mastbetriebe schließlich gezwungen, diese günstigen Futtermittel auszuwählen. Um trotz der billigen Fleischpreise Gewinn zu machen, muss er bei jedem Input sparen.

Landwirtschaftliche und industrielle Groß- und Kleinbetriebe in Österreich beziehen also Rohstoffe oder Vorprodukte aus allen Regionen der Welt. Ihre Erzeugnisse versuchen sie wiederum gewinnbringend zu verkaufen, auch auf dem

Weltmarkt. Wer sich gegen die globale Konkurrenz behaupten muss und dabei Profite einfahren will, nimmt auch Aufträge an, ohne deren sozial-ökologische Folgen abzuwägen. Ein österreichische Maschinen-Anlagenbau-Konzern etwa verkauft seine Wasserkraftturbinen an Staudammprojekte in aller Welt, obwohl NGOs nachgewiesen haben, dass damit Ökosysteme zerstört und Menschen aus ihren Wohnorten vertrieben werden (siehe Grafik 5).⁶² In Vor- und Endprodukten stecken folglich oft jede Menge Ausbeutung und Umweltzerstörung, die allerdings durch die langen Güterketten schwer nachvollziehbar sind oder sogar unsichtbar werden.



Globale Güterketten fairer und umweltfreundlicher gestalten

Wie können Betriebe anders organisiert werden, sodass eine praktische Solidarität mit weit entfernten Kolleg*innen möglich ist? Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit Erwerbstätige sich beispielsweise weigern können, in ihrer täglichen Arbeit Vorprodukte zu verwenden, die anderswo unter schlechten Ar-

In 80 Produktionsschritten um die Welt

4

beitsbedingungen hergestellt wurden? Wie können die Beschäftigten mitentscheiden, an welches Staudammprojekt die Andritz-Turbine verkauft wird? Das sind Fragen für die Gewerkschaften des 21. Jahrhunderts.

Es gibt bereits eine Bandbreite an Alternativen, Lösungsansätzen und Utopien auf unterschiedlichen Handlungsebenen. **Mit fairem Handel werden bereits im Hier und Jetzt Verbesserungen in globalen Güterketten erzielt.** Unabhängige Siegel wie Fair Trade oder EZA sollen garantieren, dass das Gehalt der Arbeiter*innen zumindest ihre Grundbedürfnisse deckt und ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Mit Fairphone und Shiftphone gibt es auch in der Elektronikindustrie Beispiele für den Versuch, die Produktion fairer und transparenter zu gestalten. Fairer Handel bleibt jedoch eine Nische:



Wenn man sich das Volumen des gesamten Nord-Süd-Handels auf die Stunden eines Jahres verteilt vorstellt (also $24 \times 365 = 8.760$), dann entfallen auf Fair Trade gerade einmal 53 Minuten, also etwas weniger als eine Stunde.⁶³

Das zentrale Problem ist, dass es den Konsument*innen überlassen bleibt, Produkte mit oder ohne Ausbeutung zu kaufen, anstatt Produktionsweisen zu schaffen, die Ausbeutung ausschließen. Mit dem marktliberalen Fokus auf die Konsument*innen wird die politische Dimension des Welthandels ausgeblendet. Lösungswege liegen in der Verantwortung der Politik, die entsprechende Rah-

menbedingungen für den Markt gestalten muss und die **Entscheidung für unfair oder fair produzierte Produkte nicht auf die einzelnen Konsument*innen abwälzen** darf. Solange fairer Handel nicht die Regel ist, sondern nur ein Marktsegment abdeckt, bleibt die imperiale Lebensweise unhin- terfragt und stabil.

Solange wir davon ausgehen, dass die Weltwirtschaft immer weiterwachsen und somit auch immer mehr konsumiert werden muss, ist es schwierig, die Ausbeu- tung von Mensch und Natur in globalen Güterketten zu beenden. Mehr Konsum schafft nicht automatisch mehr Wohlstand und Zufriedenheit. Stattdessen ver- zichten wir dabei auf Vieles: Auf saubere Luft, eine saubere Umwelt, auf sinnstif- tende Arbeit, Entspannung und Erholung (siehe Infobox 3 Verzicht).

Würden wir so wirtschaften, dass die Bedürfnisse von Menschen wirklich erfüllt werden statt ständig neue Wünsche zu erzeugen, würden sich so manche globale Güterketten gemeinsam mit ihren Folgeproblemen auflö- sen. Wenn soziale und ökologische Konsequenzen der Produktion mehr Gewicht haben als Unternehmensprofite, machen auch regionale Wirt- schaftskreisläufe für viele Produkte wieder Sinn.

Der Verkauf von Nordseekrabben, die quer durch Europa und über das Mittel- meer bis nach Marokko transportiert werden, um sie dann nach dem Schälen als lokale Spezialität in den Hamburger Hafen zurückzubringen, kommt da in Erklär- ungsnot.⁶⁴

Auch in einer solidarischen Gesellschaft wird es Produkte wie Handys geben, die nur global produziert werden können. Doch ob regional oder global – es wäre in einer solchen Gesellschaft selbstverständlich, dass alle an der Güterkette Betei- ligten gleichermaßen mitbestimmen und Nutzen daraus ziehen können. Um das zu gewährleisten, führt kein Weg an einer gerechten Verteilung von Macht und Eigentum vorbei. Solange einige wenige über Milliardeninvestitionen hier oder Standortverlagerungen dort entscheiden können, sind demokratische Entschei- dungen über die Ausrichtung der (Welt-)Wirtschaft in weiter Ferne.

In 80 Produktionsschritten um die Welt

4

Die internationale Rolle der Gewerkschaften

„Proletarier[*innen] aller Länder, vereinigt euch!“⁶⁵ – Der gut 170 Jahre alte Aufruf ist nach wie vor aktuell. Untereinander konkurrierende Konzerne versuchen permanent, den Konkurrenzdruck auch in die Reihen der Beschäftigten zu tragen. Indem sie mit Produktionsverlagerung drohen, setzen sie die Arbeiter*innen unter Druck, immer niedrigere Löhne zu akzeptieren.⁶⁶ Bessere Arbeitsbedingungen und Umweltstandards an einem Ort abzusichern, kann daher auf lange Sicht nur gelingen, wenn dies auch an anderen Standorten geschieht. So wird transnationalen Konzernen ein Ausweichen erschwert und der „Wettlauf nach unten“ verhindert. **Internationale Solidarität ist somit nicht nur moralischer und politischer Anspruch der Gewerkschaftsarbeit, sondern auch logische Konsequenz der Organisierung der Arbeiter*innenschaft.**

Aus der direkten Zusammenarbeit von Betriebsrät*innen, Gewerkschaften und NGOs sind bereits erfolgreiche internationale Bündnisse entstanden. In der Elektronikindustrie übt die „Make ICT Fair“-Kampagne Druck für bessere Arbeitsbedingungen aus (www.suedwind.at/themen/elektronik), in der Textilindustrie vernetzt die Clean Clothes Campaign weltweit über 250 Gewerkschaften und NGOs miteinander. Ziel ist die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, indem lokale Arbeitskämpfe in jenen Ländern unterstützt werden, in denen unter menschenunwürdigen Bedingungen Kleidung produziert wird. In Österreich beteiligen sich daran unter anderem die Gewerkschaft PRO-GE, die NGO Südwind und zwölf weitere NGOs. Durch internationalen Druck wurden so über 100 Bekleidungsunternehmen dazu gebracht, ein freiwilliges Abkommen über die Sicherheit in den Textilfabriken zu unterzeichnen (www.cleanclothes.at) – ein Schritt nach vorne, auch wenn Freiwilligkeit nicht weit genug geht.⁶⁷

Seit 2014 wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates über ein weltweit verbindliches Abkommen zur Regulierung von Unternehmen im Zusammenhang mit transnationalen Aktivitäten (**UN Binding Treaty**) verhandelt, um Konzerne für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen.⁶⁸ Mit am Verhandlungstisch sitzen Organisationen aus dem globalen Süden, Gewerkschaften und Menschenrechts-NGOs (in Österreich vor allem das Netzwerk Soziale Verantwortung) (www.nesove.at). Bis jetzt blockieren jedoch

mächtige Staaten, auch die EU, sowie die internationale Wirtschaftslobby, jeden Fortschritt in den Verhandlungen.

Streiks sind auch auf globaler Ebene ein zentrales politisches Druckmittel für bessere Arbeitsbedingungen. Entlang der Knotenpunkte von globalen Güterketten im Transportsektor beispielsweise können Streiks die Just-in-Time-Logistik⁴ empfindlich stören,⁶⁹ damit auch nachgelagerte Produktionsstandorte stilllegen und den Konzernen zeigen, wer tatsächlich die Wirtschaft am Laufen hält. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) (www.itfglobal.org/de), in der auch die österreichischen Gewerkschaften *vida* und *younion* Mitglieder sind,⁷⁰ hatte etwa die Idee, Seeleute mit Hafendarbeiter*innen zu vernetzen: Hatten Seeleute auf den Containerschiffen keinen Tarifvertrag, meldeten sie das vor dem Einlaufen in den Hafen. Das Schiff wurde so lange nicht entladen, bis die Forderungen der Seeleute erfüllt waren.⁷¹ (www.billigflaggenkampagne.de)

Die Gewerkschaftsbewegung hat alle Hände voll damit zu tun, in der internationalen und schnelllebigen Welt Arbeitsbedingungen zu verbessern oder sie – wie aktuell in Österreich – gegen Verschlechterungen zu verteidigen. Bleibt da noch Muße, um an das Klima zu denken? Es geht kein Weg daran vorbei, denn **gute Arbeitsbedingungen und sichere Jobs kann es auf Dauer nur geben, wenn wir auch mit der Umwelt achtsam umgehen.** Das sieht auch die Initiative Eine-Million-Klimajobs so: Aus einem anlassbezogenen Zusammenschluss von Gewerkschaften und Umweltgruppen in Großbritannien wurde eine globale Bewegung, die für Arbeitsplätze im Sektor erneuerbarer Energien und für Energiedemokratie⁵ kämpft (www.globalclimatejobs.org). Einige Gewerkschaften gestalten den gerechten Übergang hin zu einer solidarischen und ökologischen Wirtschafts- und Arbeitsweise also bereits aktiv mit.

4 Bei Just-in-Time werden die Materialien erst dann geliefert, wenn sie tatsächlich gebraucht werden. Der Lagerbestand wird damit möglichst klein gehalten.

5 Die Bewegung für Energiedemokratie setzt sich für universellen Zugang zu leistbarer Energie unter Einhaltung der planetaren Grenzen ein. Solch ein sozial und ökologisch verträgliches Energiesystem speist sich zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien, wird dezentral organisiert und demokratisch kontrolliert (z. B. kommunale Energiegenossenschaften, demokratische Stadtwerke). Die Beschäftigten der Energiebranche bestimmen beim Umstieg mit (ausführlicher Attac Österreich (2018).

5 Größer, grüner, exklusiver

Krisenbewältigung mittels Scheinlösungen

Stellen wir uns vor, eine Person läuft ununterbrochen mit dem Kopf gegen die Wand, wissend, dass das nicht lange gut gehen kann. Anstatt damit aufzuhören, nimmt sie jedoch lieber Aspirin gegen die Kopfschmerzen. Ähnlich verhält es sich mit den vorherrschenden Antworten auf die Klimakrise und globale Ungerechtigkeit – sie bekämpfen lediglich Symptome und lenken von den eigentlichen Ursachen ab.

Das wirtschaftliche Denken der vergangenen Jahrzehnte war fast überall auf der Welt vor allem vom **Neoliberalismus** geprägt, der eng mit der imperialen Lebensweise verknüpft ist (siehe Infobox 1 Neoliberalismus und die imperiale Lebensweise). Auch die bisher vorgeschlagenen Lösungen für die Klimakrise und globale Ungerechtigkeit entspringen großteils diesem Credo: der **Markt als Regulierer für alles**, der Wettbewerb als Ansporn für Innovation und Effizienz, Wachstum als Verteilungsmechanismus. Betont wird dabei eine individuelle Freiheit, die die Freiheit anderer nicht mitdenkt, und eine Form der Mitbestimmung, die sich auf Kaufentscheidungen an der Supermarktkasse beschränkt. Innovation soll sowohl der Motor als auch das Resultat des daraus entstehenden Wachstums sein.

Jedoch geschieht neoliberale Innovation in einem sehr eingeschränkten Rahmen, der eher weiteren Profit als das Wohlergehen der Menschen zum Ziel hat. Wenn man über Klimapolitik mit neoliberalen Scheuklappen nachdenkt, bringt dies „Lösungen“ hervor, die wiederum auf Marktmechanismen basieren. Dazu zählen der **Handel mit Emissions-Zertifikaten** und generell die Idee eines grü-



nen Wachstums, deren effektive Wirkung auf die Klimakrise und Ungleichheit fraglich sind.⁷² Weitere **Scheinlösungen** kommen von rechter Seite, die mit einer Mischung aus protektionistischen⁶ und neoliberalen Elementen den Fortbestand der imperialen Lebensweise noch eine Weile aufrecht erhalten wollen.

Rettung durch grünes Wachstum?

Seit knapp zehn Jahren wird unter Begriffen wie **Green Economy**, **Green Growth** oder **Bioökonomie** versucht, den Kapitalismus mit dem Klimaschutz zu vereinen. Die Wirtschaft könne weiter wachsen, sie müsse nur „grün“ wachsen, heißt es von Seiten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen), Weltbank, manchen großen Umweltschutzorganisationen, einigen Konzernen und Banken sowie Parteien mit grünem Anstrich. Davon sind manche Gruppen progressiver, manche neoliberal, und fast alle haben großes Vertrauen in die Lösung sozialer Probleme mittels Technologie und Marktmechanismen.

Erdöl in Flugzeugen soll durch Agrartreibstoffe (z. B. Palmöl), Kohle durch Wasserkraft und Dieselautos durch Elektroautos ersetzt werden. Unvermeidbare Emissionen sollen durch umstrittene technische Maßnahmen wie Geo-Engineering und CO₂-Abscheidung und -Speicherung kompensiert werden. **Statt umweltschädliches Wirtschaften gesetzlich zu verbieten, wird auf Freiwilligkeit gesetzt.** Umwelterstörung soll mit Geld kompensiert oder in Geld umgewandelt werden, wodurch Natur zum handelbaren „Naturkapital“ wird. Letztendlich bedeutet dies eine umfassende Ökonomisierung der Welt, in der Umweltschutz zunehmend der Profitlogik untergeordnet wird und zum Wirtschaftswachstum beitragen soll.⁷³

Zentraler Teil dieser „grünen“ Strategie ist die Annahme, dass sich Wirtschaftswachstum von Umweltverbrauch entkoppeln lässt. Doch das erwies sich bisher immer als ein Trugschluss. Effizienzsteigerungen führen zwar zu geringerem Ressourceneinsatz pro Produkt, doch werden folglich meist mehr von den dadurch billigeren Produkten gekauft und der absolute Ressourcenverbrauch steigt

⁶ Außenhandelspolitik, die z. B. durch Schutzzölle, Einfuhrbeschränkungen dem Schutz der inländischen Wirtschaft dient

5 Größer, grüner, exklusiver

mitunter sogar – dieses Phänomen nennt man Rebound-Effekt. Zudem gehen bei steigendem Bruttoinlandsprodukt teilweise die produktionsseitigen Emissionen nach unten, nicht aber die konsumseitigen: Eine Studie zeigte beispielsweise, dass Engländer*innen weiterhin CO₂-intensive Produkte konsumieren, die jedoch inzwischen anderswo hergestellt und darum nicht zu den Emissionen Englands gezählt werden.⁷⁴ Selbst die Digitalisierung wird hier kaum Abhilfe schaffen, denn auch das scheinbar immaterielle Internet braucht Infrastruktur und Energie (siehe Box 2 Digitalisierung – Bedrohung oder Chance).

Viele der oben genannten Maßnahmen haben außerdem negative soziale und ökologische Folgen. **Fast zwei Drittel des in der EU konsumierten Palmöls werden für Energie und Treibstoffe verwendet** – der neue Boom hat Regenwälder, Tierarten und Nahrungsmittelanbau verdrängt und zu Hungersnöten und unzähligen Menschenrechtsverletzungen geführt.⁷⁵ Ähnliche Probleme gehen mit Baumplantagen und Wasserkraftwerken im globalen Süden einher, die zur „Kompensation“ von Emissionen des globalen Nordens entstehen.⁷⁶

Klimaschutz kann auch gewaltsam sein und wird von indigenen Bewegungen teilweise als **CO₂Kolonialismus** kritisiert.⁷⁷ Bei Geo-Engineering handelt es sich um risikoreiche Experimente, wie dem Einsprühen von Partikeln in die Stratosphäre zur Kühlung der Erde. Das wiederum könnte zu Dürren in Subsahara-Afrika und anderen unvorhersehbaren Folgen führen.⁷⁸ Die derzeitige weltweite Autoflotte mit Elektroautos zu ersetzen wird ebenso von vielen Seiten kritisiert, da es zwar Erdöl ersetzt, aber nicht am hohen Ressourcen-, Platz- und Energiebedarf des motorisierten Individualverkehrs rüttelt. Stattdessen braucht es ökologisch tragfähige Alternativen, wie flächendeckende Bus- und Bahnverbindungen sowie Carsharing für gelegentlich notwendige Autofahrten.⁷⁹

Neben den vorgestellten Ideen der Green Growth steht jedoch auch ein neues, hoffnungsvolleres Projekt in den USA, bekannt als **Green New Deal**: Dieser fordert ein Milliarden-Investitionsprogramm für „grüne“ Infrastruktur und neue Arbeitsplätze, um die Treibhausgasemissionen der USA innerhalb von zehn Jahren auf netto null zu senken und sich bis 2030 von fossilen Brennstoffen zu verabschieden. Wenn auch nicht unbedingt kapitalismuskritisch, so wird hier doch ein starkes Augenmerk auf soziale Gerechtigkeit und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Bereichen gelegt.⁸⁰

Vorwärts Marsch: Zwei Schritte zurück, drei nach rechts

Scheinlösungen für die Unzufriedenheit und Krisen werden zunehmend auch von rechter Seite präsentiert. Rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien erleben seit der Wirtschaftskrise 2008 immer mehr Zulauf. Die Fluchtbewegung nach Europa im Jahr 2015 war ein weiterer Anlass, an dem diese ansetzen konnten, um flächendeckend an politischer Bedeutung zu gewinnen. Dabei inszenieren sie sich immer wieder als Vertreter*innen des „kleinen Mannes“ und konnten im „Arbeitermilieu“ deutlich an Stimmen gewinnen. Tatsächlich geht es rechter Politik aber nicht darum, die Verlierer*innen der Wirtschaftskrise abzuholen, sondern die imperiale Lebensweise und somit die Privilegien von Besserverdienenden zu sichern. Sie vertreten eine neoliberale Wirtschaftspolitik und mischen diese mit autoritärer und rückschrittlicher Gesellschaftspolitik. In Österreich lassen sich derartige Tendenzen insbesondere bei den Parteien FPÖ und ÖVP verzeichnen.

Diese Entwicklungen sind aber überall auf der Welt zu beobachten. Donald Trump betreibt nicht nur rassistische und sexistische Politik, sondern leugnet auch die menschengemachte Klimakrise und fördert aktiv den Kohleabbau in den USA. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro verharmlost Folter, Militärdiktaturen und Gewalt gegen Homosexuelle und treibt gleichzeitig die Abholzung des Regenwaldes voran.⁸¹ Auch der australische Premierminister Scott Morrison spricht sich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus und vertritt eine strenge Anti-Zuwanderungspolitik.⁸² So werden Migrant*innen, die über das Meer nach Australien reisen, in Internierungslagern auf Inseln außerhalb der australischen Küste unter katastrophalen und unmenschlichen Zuständen festgehalten.⁸³ Klimakatastrophen sind immer öfter Auslöser von Fluchtbewegungen, dennoch blockieren rechte Politiker*innen regelmäßig Gesetze zur Reduktion von CO₂-Emissionen.⁸⁴

Die Wurzel des Problems bleibt unangetastet

Das Hochhalten des Nationalen, der Bau von Festungen und Zäunen, das Einsperren und Abschieben von Asylwerber*innen oder technologischer Wunder-

5 Größer, grüner, exklusiver

glaube – all das wird den komplexen Problemen nicht gerecht. Es handelt sich um Scheinlösungen, mit denen versucht wird, die imperiale Lebensweise im globalen Norden kurzfristig abzusichern. Rechte Politik ist, ähnlich wie neoliberale Politik, auf die Auslagerung von Kosten auf andere angewiesen, bedient sich dabei jedoch extremerer Strategien: Während neoliberale Politik durch Deregulierung und Privatisierung Kosten von Unternehmen und Banken auf die Öffentlichkeit abwälzt, zielt rechte Politik auf den Ausschluss von Menschengruppen wie Frauen und Migrant*innen vom Wohlstand und der gesellschaftlichen Teilhabe. Feminismus, Solidarität mit Geflüchteten und die Homosexuellenbewegung ist ihr ein Dorn im Auge, denn sie stellen die bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien in Frage.

Die Antworten vieler **Politiker*innen sind voll von Widersprüchen**: Sie sprechen sich für offene Grenzen für Produkte aus und wollen gleichzeitig geschlossene Grenzen für die Menschen, die diese Produkte erzeugen. Sie weigern sich, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wollen aber Flucht aufgrund von klimabedingten Naturkatastrophen nicht als Grund für Asyl anerkennen.⁸⁵ Sie halten Lobreden auf die Menschenrechte, fördern aber den Export von Waffen⁸⁶ und somit Krieg und Flucht.⁸⁷ Die aktuelle Politik geht davon aus, dass wir auf Dauer weitermachen können wie bisher, um den eigenen Reichtum auf Kosten anderer mit höheren Zäunen und weiterer Abschottung zu bewahren.

Die Sozialdemokratie, die traditionell Themen wie soziale Gerechtigkeit auf ihrer Agenda hat, scheint all dem machtlos gegenüberzustehen. Statt radikaler Gegenvorschläge kommt es sogar zu Bündnissen mit dem rechten politischen Lager, wie z. B. der burgenländischen SPÖ-FPÖ-Koalition im Jahr 2015. **Sozialdemokratische Politiker*innen** betonen zwar immer wieder die Wichtigkeit von sozialer Umverteilung und Geschlechtergleichberechtigung, doch auch sie lieferten bisher **keine glaubwürdige Antwort auf die Krise**. Was es braucht, ist nicht eine Annäherung an rechte oder neoliberale Politik, sondern – im Gegenteil – eine aktive Infragestellung der imperialen Lebensweise und ihrer Scheinlösungen.



→ Infobox 2: Digitalisierung – Bedrohung oder Chance?

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Wird sie Arbeitsplätze gefährden und zu mehr Überwachung auch am Arbeitsplatz führen? Oder macht sie unser Leben einfacher und die Welt grüner? Klar ist: Es ergeben sich durch sie sowohl Gefahren als auch neue Möglichkeiten. Es gilt daher, die Art der Digitalisierung demokratisch zu gestalten – und das ist weniger eine technische als eine soziale Frage. Digitalisierung wird oft als ressourcenschonend gepriesen.⁸⁸ E-Mails sparten Briefe ein, und Online-Konferenzen könnten zunehmend Flüge ersetzen. Doch fließende Daten brauchen auch Kupferkabel, Smartphones seltene Erden und Server viel Energie. Alles zu digitalisieren macht darum sowohl aus ökologischen als auch aus sicherheitstechnischen Gründen wenig Sinn.

„Wäre das Internet ein Land, dann hätte es den sechstgrößten Stromverbrauch auf unserem Planeten.“⁸⁹

Führt die Digitalisierung zu Erwerbsarbeitslosigkeit oder schafft sie neue Jobs? Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Eine Studie des österreichischen Bundeskanzleramts und der GPA-djp zeigt⁹⁰, dass durch die Digitalisierung durchaus neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Jeder zehnte Arbeitsplatz könnte gefährdet sein, heißt es wiederum in einem Artikel der deutschen Zeitung Die Zeit.⁹¹

Wenn weniger Arbeit anfällt, muss dies aber nicht negativ sein: Der Wegfall von Jobs bietet die Möglichkeit, Arbeitszeit gerechter zu verteilen und ermöglicht eine „Befreiung von Arbeit“. Nicht jede Arbeit lässt sich jedoch durch Maschinen und Internet ersetzen: In Bereichen wie Pflege oder Kindererziehung ist das gesellschaftlich auch nicht gewünscht. Ein weiterer Aspekt ist, dass Arbeit durch digitale Möglichkeiten immer flexibler wird: Home-Office, E-Mails auf dem Smartphone und konstante Erreichbarkeit können praktisch sein, aber auch dazu führen, dass die Grenze zwischen Lohnarbeit und Freizeit immer unschärfer wird. Wichtig ist daher, sich in einer digitalen Arbeitswelt dafür einzusetzen, dass die Flexibilisierung kein einseitiger Gewinn für Unternehmen ist, sondern zu mehr Selbstbestimmung führt.

5 Größer, grüner, exklusiver



Die Arbeiterkammer beschäftigt sich derzeit mit dem Thema Digitalisierung und fördert Projekte, damit technologische Errungenschaften zu qualitativvoller Arbeit beitragen. (<https://wien.arbeiterkammer.at/digifonds>) Dass die Vertretung der Beschäftigten sich vermehrt dem Thema annimmt, ist wichtig, denn derzeit ist die Digitalisierung hauptsächlich konzerngetrieben, wenige Akteure profitieren, aber alle sind davon betroffen. Der Konzern Amazon beispielsweise optimiert die Arbeitsprozesse soweit, dass den Mitarbeiter*innen jeder Arbeitsschritt durch einen Sekundencountdown vorgegeben wird. Digitalisierung wirft also viele Fragen auf, die für die Arbeitswelt relevant sind. Für die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer bietet sich die Chance, ihre digitalen Kompetenzen zu stärken und die bevorstehenden Veränderungen in der Arbeitswelt zum Nutzen der Erwerbstätigen mitzugestalten.⁹²

SKRIPTEN ÜBERSICHT



WIRTSCHAFT	
WI-1	Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften
WI-2	Konjunktur
WI-3	Wachstum
WI-4	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
WI-5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt
WI-6	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
WI-7	Der öffentliche Sektor (Teil 1) – in Vorbereitung
WI-8	Der öffentliche Sektor (Teil 2) – in Vorbereitung
WI-9	Investition
WI-10	Internationaler Handel und Handelspolitik
WI-12	Steuerpolitik
WI-13	Bilanzanalyse
WI-14	Der Jahresabschluss
WI-16	Standort-, Technologie- und Industriepolitik

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE	
PZG-1A	Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945
PZG-1B	Sozialdemokratie seit 1945
PZG-2	Christliche Soziallehre
PZG-4	Liberalismus/Neoliberalismus
PZG-6	Rechtsextremismus
PZG-7	Faschismus
PZG-8	Staat und Verfassung
PZG-9	Finanzmärkte
PZG-10	Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften
PZG-11	Gesellschaft, Staat und Verfassung im neuzeitlichen Europa, insbesondere am Beispiel Englands
PZG-12	Wege in den großen Krieg
PZG-14	Die Geschichte der Mitbestimmung in Österreich
PZG-15	Christliche ArbeiterInnenbewegung (in Vorbereitung)

SOZIALE KOMPETENZ			
SK-1	Grundlagen der Kommunikation	SK-6	Beraten
SK-2	Frei reden	SK-7	Teamarbeit
SK-3	NLP	SK-8	Führen im Betriebsrat
SK-4	Konfliktmanagement	SK-9	Verhandeln
SK-5	Moderation		

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

6 An die Arbeit!

Für einen gerechten Strukturwandel braucht es ein neues Verständnis von Arbeit

Wie kann gute Arbeit in Zukunft aussehen? Arbeit, die gerecht und sinnstiftend ist, die die Bedürfnisse und die Würde des Menschen und des Planeten berücksichtigt? Theoretische Konzepte und praktische Beispiele aus Österreich und aller Welt.

Auf den vorherigen Seiten wurde deutlich, dass der Erwerbsarbeitsdruck durch die Ausbreitung und Intensivierung der imperialen Lebensweise immer weiter steigt und Menschen damit auf unterschiedlichste Weise an ihre gesundheitlichen Grenzen stoßen. Andererseits werden jene, die keine Lohnarbeit haben, dafür verurteilt und können immer weniger an dieser exklusiven Lebensweise teilhaben. Auch wurde beschrieben, wie Menschen in ihrer Heimat keine Zukunft mehr sehen – sei es aufgrund von Kriegen, maroden Wirtschaftssystemen, unfairen Handelsregimen, Korruption oder der Vernichtung der Lebensgrundlage durch die Überhitzung des Klimas und die Ausbeutung der Natur. Auf der Suche nach **Zukunftsperspektiven** kommen Menschen beispielsweise nach Österreich und arbeiten dort in Niedriglohnssektoren wie der Saison- oder Pflegearbeit. Sie werden von manchen als Bedrohung für die eigene Existenz empfunden oder aus politischem Kalkül zu Sündenböcken gemacht. Zugewanderte zur Bedrohung zu erklären ist jedoch nur eine Scheinlösung für das viel größere, systemische Problem der imperialen Lebens- und Produktionsweise. Globale Wertschöpfungsketten wurden unter die Lupe genommen, um aufzuzeigen, wie viele Menschen mit ihrer Gesundheit, ihrer Zeit und ihren Vorstellungen eines glücklichen Lebens bezahlen müssen, bevor ein Produkt in den österreichischen Regalen landet. Die Art, wie Arbeit und Produktion aktuell organisiert sind, geht auf Kosten anderer Menschen und unser aller Zukunft.

Es ist **Zeit für ein neues Verständnis von Arbeit**: von Arbeit als einem essenziellen Teil des guten Lebens für alle – von guter Arbeit. Es gibt bereits viele Praxisbeispiele und unterschiedliche Lösungsansätze, die zusammen ein Bild zukünftigen Arbeitens und Wirtschaftens ergeben (siehe Grafik 6).

Abb. 6: Arbeit und Wirtschaft neu denken - Puzzleteile für die Zukunft



Gute Arbeit

Unter dem Begriff gute Arbeit versteht man laut einer Beschreibung der Arbeiterkammer „**faire Einkommen und Sicherheit für die Beschäftigten**“.⁹³ Diese Definition ist zu kurz gegriffen, weiter fasst ihn die GPA-djp und inkludiert Aspekte wie Beteiligung, Privatsphäre sowie Sicherheit und Gesundheit.⁹⁴ Wenn wir uns die vielen zerstörerischen Auswirkungen des derzeitigen Verständnisses von Arbeit auf die Lebensgrundlagen vor Augen führen, ist gute Arbeit jene Arbeit, die einem selbst, zukünftigen Generationen und der Umwelt dient und

6 An die Arbeit!

nicht auf Kosten anderer geht. Demnach umfasst **gute Arbeit auch Formen von Arbeit, die über die Erwerbsarbeit hinausgehen**: Care-Arbeit (wie die Betreuung von Kindern und älteren Menschen), Reproduktionsarbeit (wie Putzen und Kochen), Subsistenzarbeit⁷ (z. B. im Gemüsegarten oder durch das Reparieren von Dingen), ehrenamtliche Arbeit (z. B. um Feuer zu löschen oder Geflüchtete zu unterstützen) – sie alle sind wichtig und verdienen angemessene Wertschätzung. Erwerbsarbeit deckt immer nur einen Teil all jener unterschiedlichen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten ab, die geleistet werden müssen. Der Großteil der geleisteten Arbeit wird nicht entlohnt und dennoch erledigt. Fallen Jobs in Sektoren weg, die die Welt kaputt machen, z. B. im Flugverkehr oder den fossilen Industrien, so geht dennoch die Arbeit insgesamt nicht aus.⁹⁵

Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit



Arbeit dehnt sich in genau dem Maß aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.

Northcote Parkinson

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zur Zeitverwendung und Lebensqualität in Wien besagt, dass die meisten Beschäftigten gerne eine Erwerbsarbeitszeit von 20 Stunden hätten, wenn dadurch ihr Lebensunterhalt gesichert wäre.⁹⁶ Ein Ergebnis, das wenig überrascht – denn eine kürzere Erwerbsarbeitszeit ermöglicht die selbstbestimmte Nutzung der eigenen Lebenszeit. Als konkrete politische Forderung ergibt sich daraus, die Normal-Erwerbsarbeitszeit schrittweise von 40 auf 30 und schließlich 20 Wochenstunden zu reduzieren, sowie Auszeiten wie Sabbaticals für alle Erwerbsarbeitenden erreichbar zu machen.

Ab 2013 regelten Kollektivverträge in der Elektro-, Fahrzeug-, Bergbau-, Stahl- und Papierindustrie, dass die Angestellten mit der sogenannten **Freizeitoption** weniger Arbeit statt höhere Gehälter wählen können.⁹⁷ Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung **Zeitwohlstand** (siehe Infobox 4 Wohlstand). Dabei geht es nicht nur um kürzere Arbeitszeiten, sondern um mehr Autonomie⁹⁸ und Selbstbestimmung.

⁷ Arbeit, die der Mensch verrichtet, um seinen Lebensunterhalt selbst zu produzieren und so sein Überleben zu sichern.

Beispielsweise bleibt mehr Zeit für Kochen mit guten Lebensmitteln, Reparaturen, Nichtstun, langsames und damit klimafreundlicheres Reisen, Gärtnern und für gesellschaftliche und politische Mitgestaltung. Auch Sorgearbeit kann gerechter auf die Geschlechter verteilt werden – denn aktuell leisten vor allem Frauen Teilzeitarbeit, um nebenbei für Kinder und Haushalt zu sorgen.⁹⁹

Damit Menschen aber nicht in kürzerer Erwerbsarbeitszeit dieselbe Menge an Arbeit zu geringerem Lohn leisten müssen, sind entsprechende Begleitmaßnahmen notwendig.¹⁰⁰ Zentral ist eine **Verteilung der Erwerbsarbeit auf alle**, um die größer werdende Kluft zwischen überforderten Erwerbstätigen und gesellschaftlich ausgeschlossenen Erwerbslosen zu schließen. Um eine solche verkürzte Erwerbsarbeitszeit für alle zu ermöglichen, ist bei niedrigem Gehalt ein Lohnausgleich notwendig, der ein gutes Auskommen sicherstellt. In der Entwicklung konkreter Modelle spielt die Arbeitnehmer*innenvertretung eine wichtige Rolle.

Eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit würde nicht nur den Menschen guttun, sondern dem ganzen Planeten, da sinkende Erwerbsarbeitszeit, sinkende Produktivität und sinkende Treibhausgas-Emissionen miteinander zusammenhängen.¹⁰¹ Der **Teufelskreis von Arbeit und Konsum**, der unsere Zukunft massiv gefährdet, könnte also durch eine strukturierte und kontrollierte Verringerung der Erwerbsarbeitszeit durchbrochen werden. Es gilt, unsere derzeitige imperiale Lebens- und Arbeitsweise zu überwinden und solidarische Konzepte von Glück, Wohlstand und einem guten Leben in die politische Praxis zu überführen (siehe Infobox 4 Wohlstand).¹⁰² Dafür reicht es nicht, auf der Ebene der Erwerbstätigen anzusetzen – auch Unternehmen können und müssen sich verändern.

Wirtschaftsdemokratie: Mitbestimmen und Mitbesitzen

Wer durch das Werkstor oder die Bürotür geht, betritt oft eine demokratiefreie Zone. Um ein gutes Leben für alle zu erreichen, braucht es jedoch weltweit eine **Demokratisierung der Wirtschaft**. Die Macht über das Wirtschaftssystem läge dann nicht mehr bei Konzernen und denen mit dem meisten Geld, sondern wäre gerecht auf die gesamte Bevölkerung aufgeteilt. Mit den Arbeiter*innenräten

6 An die Arbeit!

wurde das Konzept der **Rätedemokratie**⁸ zur Demokratisierung der Wirtschaft bereits nach dem Ersten Weltkrieg vereinzelt umgesetzt.¹⁰³ Von den ambitionierten Zielen, die Gewerkschafter*innen damals verfolgten, sind bis heute einzig die Betriebsrät*innen institutionalisiert – eine Form der Mitbestimmung, die nur als Teil einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie verstanden werden kann.¹⁰⁴

Betriebe sind bis heute ein **zentraler Ansatzpunkt für die Demokratisierung der Wirtschaft**. Dabei können die Beschäftigten in unterschiedlichem Ausmaß im Betrieb mitentscheiden. Da deren Ziele nicht auf die Profitinteressen einiger weniger gerichtet sind, sondern eher die Interessen der ganzen Belegschaft widerspiegeln, orientieren sie sich eher an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen. Solche Betriebe können Labore einer demokratisierten, sozial verantwortlichen Unternehmenspolitik sein¹⁰⁵ und zeigen, dass Erwerbsarbeit nicht als Fremdbestimmung und (Selbst-)Ausbeutung verstanden werden muss. Vielmehr kann sie Selbstbestimmung, Erfüllung der eigenen und gesellschaftlichen Bedürfnisse und „Befreiung aus der Unmündigkeit“ bedeuten.¹⁰⁶

Ein Beispiel ist die **Mondragón Corporación Cooperativa (MCC)**, die inzwischen größte Genossenschaft und das siebtgrößte Unternehmen Spaniens. Zur MCC gehören mehr als 100 Unternehmen verschiedener Sektoren wie Maschinenbau, Automobilindustrie, Einzelhandel, Banken und Versicherungen. Die Arbeitnehmer*innen sind am Grundkapital des genossenschaftlichen Unternehmensverbundes beteiligt und leben kollegiale Solidarität. Sie sind durch demokratische Abstimmungsprozesse in Entscheidungen des Führungspersonals eingebunden¹⁰⁷ und auch am Gewinn beteiligt. Die Führungskräfte verdienen maximal das Achtfache der einfachen Angestellten. Oberstes beschlussfassendes Organ ist der genossenschaftliche Kongress mit 650 Mitgliedern, der sich aus Delegierten der einzelnen Genossenschaften zusammensetzt. Dennoch hat das Wachstum der Genossenschaft auch Probleme mit sich gebracht, und das Geschäft mit Autos und Banken ist aus ökologischen Gesichtspunkten bedenklich.¹⁰⁸

8 Die Rätedemokratie ist ein politisches System, bei dem über ein Stufensystem Räte gewählt werden. Vertreter*innen werden aus den unteren Ebenen in die nächsthöheren Stufen entsandt, sie sind an Weisungen der Basis gebunden und jederzeit austauschbar. Die Räte aus verschiedenen Ebenen können sich miteinander vernetzen. So wird Machtkonzentration entgegengewirkt (vgl. I.L.A. Kollektiv [2019]).

Neue Mensch–Natur–Beziehungen

Dass bisher weder kürzere Erwerbsarbeitszeiten noch demokratische Unternehmen die Norm darstellen, hat viel damit zu tun, wie wir uns auf Wirtschaft und Natur beziehen. Ohne Natur gibt es weder Arbeit noch Wirtschaft. Natur ist die Lebensgrundlage, die ein Wirtschaften überhaupt ermöglicht. **Die Idee von guter Arbeit beinhaltet nicht nur reinen Naturschutz, sondern verweist auf die untrennbare Verbindung zwischen gesellschaftlichem Fortbestand, menschlicher Gesundheit und einer intakten Umwelt.**¹⁰⁹ Gerade die gesellschaftlich wenig Privilegierten erfahren diesen Zusammenhang sehr konkret: Beispielsweise Kleinbäuer*innen, denen durch die Saatgut-Patentierung die Lebensgrundlage entzogen wird, wenn für die neuerliche Aussaat der eigenen Ernte erneut Lizenzgebühren fällig sind, während transnationale Konzerne wie Monsanto von der Beherrschung der Natur profitieren.¹¹⁰

Da Arbeit, Gesellschaft und Natur Hand in Hand gehen, können sie nicht losgelöst voneinander verändert werden. Die notwendige Konsequenz daraus wäre eine Allianz der Gewerkschaften mit der umweltpolitischen, wachstumskritischen Zivilgesellschaft, regionalen Initiativen sowie kritischen Wissenschaftler*innen (siehe Kapitel „Akteure des Wandels“).¹¹¹ Und wie wäre die Weiterentwicklung in eine sozial-ökologische Gewerkschaftsbewegung, die für sozial-ökologische Nachhaltigkeit eintritt?]¹¹²

Degrowth: Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen

Menschen und Arbeit wieder als Teil der Natur anstatt als etwas von ihr Getrenntes zu betrachten bedeutet, anders zu wirtschaften. Wachstum und materieller Wohlstand dürfen nicht länger wichtiger sein als das Wohlergehen der Natur und zukünftiger Generationen. Wie unser Wirtschaftssystem so umstrukturiert werden kann, dass es auch ohne konstantes Wachstum nicht kollabiert, wird derzeit in der **Degrowth-Bewegung** diskutiert.

Es geht um die Fragen, wie bestimmte Bereiche (etwa soziale Sicherungssysteme) ohne Wachstumszwang und Wettbewerb funktionieren können, welche Wirtschaftssektoren schrumpfen müssen (z. B. die auf Erdöl, Kohle und Erdgas

6 An die Arbeit!

beruhenden) und welche weiterhin wachsen können. Ein Baustein der De-growth-Bewegung ist folglich **Suffizienz**, eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die nicht nur auf Effizienz, sondern auf eine Reduktion des absoluten Verbrauchs von Gütern und Energie setzt (siehe Infobox 3 Verzicht!).



→ Infobox: Verzicht!

Bedeutet eine solidarische Lebensweise Verzicht? Dieses Mantra wird so oft wiederholt, dass wir es glauben und nicht hinterfragen. Und verzichten tut weh. Hinter der Idee der Suffizienz steckt wiederum die Frage, welche Güter wir wirklich für ein erfülltes Leben brauchen und ob wir stets Neues kaufen müssen. Es geht nicht einfach darum, bestehende Bedürfnisse mit weniger oder anderem Ressourcenaufwand zu befriedigen, sondern darum, zu hinterfragen: **Was sind echte Bedürfnisse, was sind generierte Wünsche?**

Der chilenische Ökonom Manfred Max-Neef¹¹³ unterscheidet zwischen grundlegenden Bedürfnissen („needs“) und den verschiedenen Wegen, diese zu verwirklichen („satisfier“): Das Auto ist zum Beispiel kein Bedürfnis („need“), sondern ein bestimmtes Mittel zur Verwirklichung der Bedürfnisse nach Mobilität, Teilhabe oder Anerkennung. Folglich kann es auch andere Wege geben, diese Bedürfnisse zu verwirklichen.

Es geht also nicht um Verzicht, sondern darum, Bedürfnisse so zu befriedigen, dass sie nicht auf Kosten anderer gehen. Andersrum gedacht: Ist es nicht eine Befreiung vom Zwang zur Ausbeutung anderer, wenn wir



Produkte konsumieren, die unter menschenwürdigen Bedingungen produziert wurden? Und bedeutet es nicht **Befreiung vom Überfluss**, aus gesundem und regionalem Essen zu wählen, anstatt im Supermarkt die Qual der Wahl zwischen dutzenden Marken desselben Produktes zu haben? Erleichtert eine kleine, feine und faire Auswahl nicht unser Leben?

Wir verzichten heute auf ...

- » saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden
- » Zeit für die Pflege positiver zwischenmenschlicher Beziehungen
- » angstfreie Absicherung unserer Existenz
- » Gesundheit und Wohlbefinden
- » Schlaf, Entspannung und Erholung
- » ein positives Körperbild von uns selbst ohne Werbebeeinflussung
- » Bildung, die zu unserer Weiterentwicklung führt
- » Gemeinschaftsgefühl, Kooperation und das Gefühl umfassender Sicherheit
- » demokratische Mitbestimmung in Bereichen, die unser Leben betreffen: im Betrieb, in der Gemeinde, in der Welt
- » Selbstentfaltung und die Möglichkeit, die Dinge zu tun, die wir wirklich tun wollen
- » freie Zeit, über die wir selbst verfügen können
- » Nichtstun

... und eine lebenswerte Zukunft!

Degrowth oder Postwachstum ist ein Überbegriff für viele Konzepte, Studien, Lösungsideen und konkret gelebte Alternativen. Dazu gehört die oben erwähnte Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die auch von Gewerkschaften gefordert wird.¹¹⁴ Eine scheinbar unüberwindbare Hürde ist in diesem Zusammenhang, dass unser Wohlfahrtsstaat von den Steuern aus Arbeit finanziert wird. Aber auch hier gibt es bereits durchdachte Lösungen, wie die Idee einer **sozial-ökologischen Steuerreform** und einem **Zukunftsbudget**. (<http://www.wege-aus-der-krise.at>)

6 An die Arbeit!

Gerechter Strukturwandel: Just Transition

Die Klimakrise und die dramatisch steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit machen einen gesellschaftlichen Umbruch unvermeidlich. Wir können lediglich wählen zwischen einer Katastrophe, die wir bis zu ihrem Ausbruch ignorieren, und einem geplanten, gerechten und friedlichen Übergang: **„Degrowth by Disaster or Design“**. Umweltbewegungen und Gewerkschaften diskutieren dies unter dem Begriff der Just Transition oder des gerechten Strukturwandels. Der Umbau der derzeitigen auf Wachstum und Umweltverbrauch beruhenden Wirtschaft in eine, die die Grenzen des Planeten berücksichtigt, soll gerecht ablaufen. Er soll bestehende Muster der Ausbeutung und Unterdrückung überwinden, ohne neue zu schaffen, und dabei auch Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage stellen.

Ziele sind **gute Arbeits- und Lebensbedingungen wie auch leistbare Energie und Mobilität für alle**. Damit Umstrukturierungen in Produktionsprozessen und der Arbeitswelt nicht zu Lasten von Beschäftigten gehen, braucht es Umschulungsprogramme, klimafreundliche Erwerbsarbeit, soziale Absicherungsmaßnahmen sowie Arbeitszeitreduktion. Beispiele aus deutschen Braunkohleregionen, wo Kohlearbeiter*innen und die Gewerkschaft IG BCE um jeden Preis am Braunkohleabbau festhalten, zeigen den noch bestehenden Diskussionsbedarf.¹¹⁵

Der gerechte Strukturwandel muss ein von Grund auf demokratischer Prozess sein, der Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen zur Gestaltung des Übergangs in eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftsweise ermöglicht.

Sozial-ökologische Infrastrukturen, oder: Existenz als Grund fürs Einkommen

In einer Zukunft, in der niemand um seine Existenzgrundlage fürchten muss, kann sich die Macht von den Unternehmen hin zu den Menschen verschieben: Kündigung, Arbeitsplatzverlust, Mobbing usw. würden so ihren Schrecken verlieren.

Diese Möglichkeit bietet die Idee eines **sozial-ökologischen Grundeinkommens**, bei dem problematischer Umweltverbrauch (z. B. Erdöl, knappe Ressourcen) besteuert und diese Ökosteuer gleichmäßig an die Bevölkerung zurückgegeben wird.¹¹⁶ Dies hätte eine progressive Auswirkung auf die Vermögensverteilung und würde gleichzeitig **soziale Sicherheit unabhängig von Wirtschaftswachstum und Erwerbsarbeit** ermöglichen. Zudem entstünde ein Anreiz, möglichst umweltschonend hergestellte Güter und Dienstleistungen zu konsumieren.

Ein anderes Modell der Daseinsvorsorge sind sozial-ökologische Infrastrukturen, wo öffentliche Räume und Naherholungsgebiete, öffentliche Verkehrsmittel, erschwinglicher Zugang zu Energie, Wasser, Wohnen, Gesundheit, Internet und Bildung für alle eine hohe Lebensqualität jenseits von Konsum und Wachstumszwang ermöglichen.

Die Idee eines Grundeinkommens ist viel diskutiert: Kritiker*innen sehen die Gefahr, dass ein neoliberal umgesetztes Grundeinkommen Sozialleistungen völlig ersetzen und das allgemeine Konsumieren noch vorantreiben könnte.¹¹⁷ Sozial-ökologische Infrastrukturen, für die es einen starken Sozialstaat braucht, werden als Alternative dazu gesehen.¹¹⁸

In einer offenen Gesellschaft können wir nicht wissen und nicht vorherbestimmen, was genau Menschen, die weniger Erwerbsarbeit leisten müssen, mit ihrem neu gewonnenen Zeitwohlstand (Infobox 4 Wohlstand) tun werden.¹¹⁹ Und doch könnten sich beide Modelle – sozial-ökologisches Grundeinkommen und ebensolche Infrastrukturen – womöglich ergänzen und den Weg in ein gutes Leben für alle ebnen.¹²⁰ Die Idee eines Grundeinkommens eröffnet jedenfalls Räume für die grundsätzliche Frage, warum wir Erwerbsarbeit als einzig mögliche Existenzgrundlage kaum hinterfragen – und ob nicht alles ganz anders sein könnte.

6 An die Arbeit!



→ Infobox: Wohlstand

Gute Arbeit ist viel mehr als Existenzsicherung oder der Weg zu finanziellem Wohlstand. Wohlstand kann so vieles bedeuten:

- » Güterwohlstand: Ein bewusster Konsum der Güter, die wir für ein gutes Leben brauchen, und Wertschätzung der Dinge, mit denen wir uns umgeben.
- » Tätigkeitswohlstand: Arbeit, die Sinn stiftet und Würde verleiht; existenzsichernde Einkommensgerechtigkeit; ein Mix zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und eine ausgeglichene Work-Life-Balance.
- » Ernährungswohlstand: Gutes, gesundes und ausreichendes Essen trägt zu unserem Wohlbefinden und somit zu unserem Wohlstand bei.
- » Beziehungswohlstand: Pflege und Erhalt tragfähiger sozialer Netzwerke auf der zwischenmenschlichen und kollektiven Ebene.
- » Zeitwohlstand: Jeder Mensch hat das Recht auf Zeit für sich selbst. Ein gutes Leben wird dann möglich, wenn wir darüber bestimmen können, wie wir unsere Zeit verbringen; wenn Existenzsicherung und selbstbestimmte Zeit nicht mehr zueinander im Widerspruch stehen.
- » Raumwohlstand: Dazu zählen Häuser aus gesunden Baumaterialien und mit hellen Räumen, ein passendes Wohnumfeld, das Vorhandensein von sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen, die Anbindung an den öffentlichen Verkehr und die Gelegenheit, Nachbarschaftskontakte zu knüpfen.
- » Informationswohlstand: Wissen, das zum Handeln führt, Neugierde stillt und die Vernetzung mit der ganzen Welt ermöglicht.
- » Demokratiewohlstand: Ein politisches System, dem die Bürger*innen vertrauen, und das Mitbestimmung ermöglicht.¹²¹

Es wird Zeit, dass Wohlstand auch mit neuen Maßstäben gemessen wird.

Utopie – jetzt!

Wir können uns eher das Ende der Welt vorstellen als das Ende des Kapitalismus.

Fredric Jameson¹²²

Die in dieser Broschüre aufgezeigten Auswege und Alternativen mögen utopisch erscheinen. Und doch sind sie realistischer als die Illusion, Wirtschaftswachstum, Ungleichheit und Umweltzerstörung könnten unendlich weitergehen.

Um unsere Zukunft aktiv zu gestalten, braucht es den Mut zu Utopien. Wenn wir alle bereits vorhandenen Ansätze zusammenführen, entsteht daraus das Bild einer lebenswerten Zukunft.

Welche Rolle dabei jede*r Einzelne spielen kann, wird im nächsten Kapitel thematisiert. An die Arbeit



7 Akteure des Wandels

Die Rolle von Gewerkschaften, Betriebsrät*innen und Beschäftigten

Ein gerechter Strukturwandel kann nur stattfinden, wenn progressive Akteure wie Gewerkschaften und die Arbeiterkammer diesen mitgestalten und mit gutem Beispiel vorangehen. Es gilt, neue Lösungen für gute Arbeit ohne Umweltzerstörung und Ausbeutung andernorts zu finden. Auch Betriebsrät*innen und Beschäftigte können in ihren Betrieben für Veränderungen eintreten.

Gewerkschaften blicken auf eine lange, umkämpfte Geschichte zurück und sind als Reaktion auf die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter*innen entstanden – sie sind „Kinder des Industriekapitalismus“.¹²³ Sie bekämpfen seit jeher die menschenunwürdigen Zustände in Arbeitsstätten und erzielten dabei Errungenschaften wie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und sozialstaatliche Leistungen. Die **Sozialpartnerschaft in Österreich** war ein wichtiger Baustein, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für große Teile der Bevölkerung durchzusetzen und abzusichern. Doch dieses Modell der Sozialpartnerschaft wird zum einen politisch angegriffen und hat zum anderen Probleme, ökologische und internationalistische Perspektiven zu entwickeln.

Gewerkschaften im Dilemma: Verteidigung des Status Quo?

Die imperiale Produktions- und Lebensweise stößt an ihre (planetaren) Grenzen und stellt die **Gewerkschaften** vor ein Problem: Eine bisher wichtige Ausrichtung ihrer Arbeit, nämlich für die Arbeiter*innen ein möglichst großes Stück vom Wohlstandskuchen zu erkämpfen und ihnen möglichst gute Arbeitsbedingungen zu sichern, muss verändert werden.

Bei allen Unterschieden innerhalb gewerkschaftlicher Debatten und Strategien¹²⁴ scheint in der „Arbeitnehmer*innenvertretung“ weiterhin ein enges Verständnis von **Wohlstand** zu bestehen, nämlich **oft lediglich als wachsendes Einkommen und gesteigerte Kaufkraft** (siehe Infobox 4 Wohlstand). Doch mit der Zunahme der Kaufkraft nimmt in den allermeisten Fällen auch der ökologi-

sche Fußabdruck zu. Gleichzeitig schützen Gewerkschaften ökologisch schädliche Industrien (z. B. die Flugindustrie), weil sie Arbeitsplätze schaffen wollen. Bislang sind sich Gewerkschaften und die Arbeiterkammer mit ihren Gegenspielern Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung oft darin einig, wirtschaftliches Wachstum als Ziel und Mittel zu fördern.

Somit stellt sich die **Frage, ob diese politische Orientierung noch ausreicht**. Denn damit es materiellen Wohlstand gibt, müssen unter Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz, Konsummöglichkeiten (Güter wie Dienstleistungen) möglichst günstig angeboten werden – und dies funktioniert derzeit auf Kosten von Menschen und Natur anderswo. Wenn der Wachstumsimperativ der Unternehmen, internationale Machtverhältnisse, weltweite Ungleichheit und umweltschädliche Produktionsweisen in der täglichen Gewerkschaftsarbeit vernachlässigt werden, verkommt die notwendige internationale Solidarität zur leeren Worthülse.

Arbeitspolitische Kämpfe updaten

Arbeit und Umwelt sind nicht als Gegensätze zu denken. **Gute Arbeit bezieht Umweltfragen immer mit ein**. So kann die Arbeitnehmer*innenvertretung arbeitspolitische Debatten neu beleben und ökologische mit verteilungspolitischen Fragen verbinden. Gute Arbeit meint zum Beispiel eine Verkürzung der Arbeitszeit und Neuverteilung der Arbeit (siehe Kapitel „An die Arbeit“). Eine Arbeitszeitverkürzung bringt auch ökologische Vorteile: In Österreich sind diese in Form eines gesunkenen CO₂-Ausstoßes bereits nachgewiesen worden.¹²⁵ **Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich also verbinden**. Gewerkschaftsverbände wie der Österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB können die Relevanz ihrer Rufe nach sozialer Gerechtigkeit so zusätzlich verstärken. Die Forderungen nach Umverteilung in Bezug auf Einkommen und Arbeitszeit erhalten neue Aktualität. Etwa kann um eine Verringerung der Spitzengehälter und eine Angleichung der Löhne gestritten werden. Beispielgebend hierfür war die 1:12-Initiative der Schweizer Juso, die dafür plädierte, dass die Spanne zwischen Höchst- und Mindestlohn maximal das 12-Fache beträgt.¹²⁶

Durch ein Update der alten, aber berechtigten Argumente bietet sich den österreichischen Gewerkschaften die Chance, laut zu rufen: „Österreich ist nicht nur

7 Akteure des Wandels

Wirtschafts-, sondern vor allem Lebensstandort!"¹²⁷ Ein modernes Selbstverständnis der österreichischen Arbeitnehmer*innenvertretung fasst die Mitglieder nicht nur als Arbeiter*innen oder Angestellte auf, sondern bezieht zusätzliche Bereiche ihres Lebens mit ein: andere Tätigkeiten, ihre Freizeit, ihre Gesundheit, die Umwelt, in der sie sich bewegen, ihren Konsum, ihre Mobilität und ihre soziale Situation genauso wie ihre Sorgen, Ängste und Wünsche.

Der ÖGB setzt sich bereits für günstigeren Wohnraum ein und unterstützt die Initiative „Housing for All“ (<https://www.housingforall.eu>).¹²⁸ Urbane Räume auf der anderen Seite könnten vielfach als öffentliche Naherholungsgebiete, ökologische Lebensräume und Freizeiträume genutzt werden – man denke nur an das Donauinsel-Projekt. An einer Schaffung von „sozialökologischer Infrastruktur“¹²⁹ (siehe Kapitel „An die Arbeit!“) können sich die Gewerkschaften orientieren, um den Schutz von Erwerbsarbeitenden breiter zu definieren.

Die **Gewerkschaften öffnen sich bereits für neue Diskussionen** über ein besseres, solidarisches Zusammenleben. Darin muss auch die ökologische Dimension von Gerechtigkeit mitbedacht werden, es geht also um eine ökologische Arbeitnehmer*innenpolitik.¹³⁰ Gerade in Zeiten, in denen die Gewerkschaften durch neoliberale Politik mehr und mehr unter Druck geraten, wäre dafür die Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie besonders wichtig.

So schrieb Emmerich Tálos 1997: „Für die Zukunft der Gewerkschaften wird auch wesentlich sein, ob es diesen gelingt, das verbandsmäßige Partizipationspotential zu erweitern und damit die Demokratiequalität zu verbessern. Die Bedingungen für eine derartige Erweiterung sind allerdings nicht besonders günstig. Der Grund: die Partizipationskultur bzw. die Demokratiequalität der österreichischen Gewerkschaftsbewegung ist nicht sonderlich entwickelt.“¹³¹ Diese Feststellung stimmt (leider) auch über 20 Jahre später noch.

Eine sozial-ökologische Transformation kann nicht ohne weitreichende Demokratisierung gedacht werden. Eine Ausweitung der internen Partizipationsmöglichkeiten würde die Glaubwürdigkeit der gewerkschaftlichen Forderung nach einem guten Leben für alle erhöhen. Die Fridays-for-future-Bewegung macht deutlich, dass es in der Zivilgesellschaft viele Menschen gibt, die ein hohes Interesse an diesen Themen haben und gewillt sind, politisch dafür zu kämpfen. Auch Trade Unions for Future und Workers for Future könnten diesen Kampf

unterstützen und für eine neue **Ökologische Sozialpartnerschaft** eintreten. Inspirierend wirkt hier eine kürzlich von der IG-Metall (der größten Arbeitnehmer*innenvertretung weltweit) organisierte Großdemonstration mit über 50.000 Teilnehmenden gegen die Klimakrise.¹³² Solch ein leuchtender Funke einer Demokratisierung und Ökologisierung der Arbeitnehmer*innenvertretung kann auch auf Betriebsrät*innen übergehen, die zum Beispiel Unternehmen auf-fordern, eine Gemeinwohlbilanz aufzustellen. (<https://www.ecogood.org/de/>)

Den gerechten Strukturwandel voranzutreiben meint dabei nicht, den Schutz von Erwerbsarbeitenden aufzugeben. Nehmen wir beispielsweise den Kampf um die dritte Piste auf dem Flughafen London Heathrow. Dort stellt sich die britische Gewerkschaft PCS (Public and Commercial Services Union) gegen den Flughafenausbau, obwohl sie dort ebenso Beschäftigte vertritt. Sie kritisiert die Klimaauswirkungen und Gesundheitsschäden für die in der Nähe lebenden Beschäftigten und arbeitet stattdessen an alternativen Verkehrs- und Energiekonzepten, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Ihre Forderung lautet: Es braucht dringend einen Wandel hin zu einer Wirtschaftsweise ohne fossile Energieträger, der aber nicht auf Kosten der Erwerbsarbeitenden gehen darf.¹³³

Daran könnte sich die gewerkschaftliche Politik hinsichtlich des geplanten Ausbaus der dritten Piste in Wien Schwechat orientieren. Darüber hinaus können Betriebsräte eigene Forderungen erheben: zum Beispiel Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag zu gewähren, wenn sie mit dem Zug statt mit dem Flugzeug reisen.

Das Potenzial, den gerechten Strukturwandel voranzutreiben, ist in den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer in Österreich groß. Sie sind als wichtige gesellschaftspolitische Akteure anerkannt und in viele Prozesse involviert, beschäftigen viele Mitarbeiter*innen, unterhalten Bildungseinrichtungen und Verlage, geben Zeitschriften heraus und erreichen somit viele Menschen. Es gibt eine Reihe von Projekten und Organisationen, mit denen sie bereits in Bündnissen stehen, mit anderen könnten diese geschlossen werden. Letztlich sind es interne Diskussions- und Entscheidungsprozesse in den institutionalisierten Gewerkschaften, die es möglich machen, sich auch schwierigen Themen und anderen Akteuren zu öffnen. Ein positives Beispiel für ein bereits bestehendes Bündnis zwischen Gewerkschaften, Wissenschaft und Umweltbewegungen

7 Akteure des Wandels

ist die Allianz „Wege aus der Krise“ (<http://www.wege-aus-der-krise.at/>) Die momentane Ausbeutung von Mensch und Natur auf globaler Ebene ist kein Problem, das allein auf nationaler Ebene gelöst werden. Vielmehr bedarf es der gegenseitigen Hilfe und Kooperation von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren weltweit (siehe Kapitel „In 80 Produktionsschritten um die Welt“ und Infobox 5: Gewerkschaften in Bewegung).



→ Infobox 5:

Gewerkschaften in Bewegung

In der österreichischen und weltweiten Gewerkschaftsbewegung gibt es bereits Denkansätze, Initiativen und Organisationen, die viele der hier dargestellten Überlegungen aufgreifen. Das zeigt, dass Alternativen möglich sind. Die Auflistung soll als Inspiration für mögliche Veränderung dienen.

- » **Ökologisch gerechte Arbeit:** Seit mehreren Jahren geht die Forderung nach „einer Million Klimajobs“ um die Welt. (www.globalclimatejobs.wordpress.com) Das Ziel, auf erneuerbare Energien umzustellen und gute Arbeitsplätze zu schaffen, vereint Gewerkschaften und soziale Bewegungen weltweit. (www.unionsforenergydemocracy.org) All diese Bündnisse denken soziale und ökologische Themen zusammen und fordern eine Just Transition. Gerechtigkeit in der gesamten Gesellschaft und ein intaktes Ökosystem werden dadurch zu Interessen von Beschäftigten und Gewerkschaften.
- » **Internationale Solidarität:** Der Österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB ist Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB). (www.etuc.org, www.ituc-csi.org) Der Verein „Weltumspannend Arbeiten“ des ÖGB beschäftigt sich explizit mit der globalen Dimension der heutigen Arbeitswelt. (www.weltumspannend-arbeiten.at) Die einzelnen Branchen haben sich ebenso zu weltweiten Gewerkschaftsbündnissen zusammengeschlossen, in denen auch die österreichischen Branchengewerkschaften Mitglied sind. (www.global-unions.org)
- » **Autonome Gewerkschaften:** Die Confederación Nacional del Trabajo (CNT) ist eine spanische Konföderation anarchosyndikalistischer Gewerkschaften. (<http://www.cnt-f.org/>) Sie fördert die Gründung und Vernetzung von selbstverwalteten Kooperativen und basisdemokratischen Gewerkschaften, und lehnt staatliche Gewerkschaftsmodelle ab. Deutsche und österreichische Schwesterorganisationen sind die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) und das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat. (<https://www.fau.org/>, <https://wiensyndikat.wordpress.com/>) Weitere autonome Gewerkschaften sind die International Workers Association (<https://iwa-ait.org/>), der Weltgewerkschaftsbund (WGB) (www.wftucentral.org) und die Internationale Konföderation der Arbeiter*innen (IKA) (www.icl-cit.org)



→ Infobox 5:

Zum Weiterlesen und Vertiefen: Literatur und Filme

Erstes Buch vom ILA-Kollektiv (2017): Auf Kosten Anderer. Wie die imperiale Lebensweise das gute Leben für alle verhindert. <https://aufkostenanderer.org/download-dossier/>

Zweites Buch vom ILA-Kollektiv (2019): Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise. <https://dasgutelebenfüralle.de/>

Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus.

Sammelband von Ulrich Brand und Kathrin Niedermoser (2017): Gewerkschaften und die Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft.

Sammelband von Hans Diefenbacher und weiteren (2016): Zwischen den Arbeitswelten. Der Übergang in die Postwachstumsgesellschaft.

DGB-Broschüre (2017): Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums. Die Rolle der Gewerkschaften in einer ökologischen und sozialen Transformation. <https://www.dgb-bildungswerk.de/arbeiten-und-wirtschaften-den-grenzen-des-wachstums-die-rolle-der-gewerkschaften-einer-oekologischen>

16-Punkte-Programm für den sozial-ökologischen Umbau von Fabian Scheidler (2019): <https://www.megamaschine.org/blog/2019/08/19/16-punkte-programm-fuer-den-sozial-oekologischen-umbau/>

Buch von Harald Welzer (2019): Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen.

Buch und Website (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. <https://www.degrowth.info/de/dib/degrowth-in-bewegungen/>

Kurzgeschichte von Heinrich Böll (1963): Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral

Film (2012): Frohes Schaffen – Ein Film zur Senkung der Arbeitsmoral. http://www.frohesschaffen.wfilm.de/Frohes_Schaffen/Film.html

Film (2018): Die grüne Lüge. <http://www.wernerboote.com/cms/wernerboote/index.php?idcatside=119>

Film (2018): Zeit für Utopien. <http://www.zeit-fuer-utopien.com/>

Zu den Autor*innen

Andreas Müller: studierte Politische Ökonomie, Internationale Entwicklung, Kultur- und Sozialanthropologie

Brita Krucsay: Doktorin der Soziologie

Christopher Beil: Politikwissenschaftler und Politischer Bildner

Florian Pimminger: Soziologe und Politikwissenschaftler

Izabela Glowinska: studierte Politikwissenschaft und Kunstgeschichte, Betriebsrätin

Jana Brandl: studierte Politikwissenschaften und Welfare Management & Policies

Joschka Brangs: gelernter Bankkaufmann, studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung, arbeitet in einer Umweltschutzorganisation

Josef Mühlbauer: studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Evangelische Theologie

Julia Koll: studierte Germanistik, Internationale Entwicklung und aktuell sozialraumorientierte Soziale Arbeit

Magdalena Heuwieser: studierte Internationale Entwicklung und arbeitet im Kollektiv Periskop

Maximilian Muhr: studierte Umwelt- und Bioressourcenmanagement und Globale Nachhaltigkeitswissenschaften

Ruth Fartacek: studierte Umwelt- und Bioressourcenmanagement und aktuell Humangeographie

Tanja Kotik: studierte Soziologie, Globalgeschichte und aktuell Sinologie

Vera Besse: studierte Biologie, arbeitet im Bereich Nachhaltigkeit in Unternehmen

Endnoten

- 1 Max Lawson u.a., *Public Good or Private Wealth?*, Oxford 2019.
- 2 Andreas Segerer/ Eva Rosenkranz, *Das große Insektensterben*, München 2018.
- 3 Heinrich-Böll-Stiftung/ Airbus Group, *OBEN- Ihr Flugbegleiter*, Berlin 2016.
- 4 Triloki Nath Khoshoo, *Mahatma Gandhi and the Environment*, Neu-Delhi 2009.
- 5 OHCHR, UN expert condemns failure to address impact of climate change on poverty, <https://tinyurl.com/y6fv9hml>, 2019.
- 6 OHCHR, UN expert condemns failure to address impact of climate change on poverty, <https://tinyurl.com/y6fv9hml>, 2019.
- 7 OHCHR, UN expert condemns failure to address impact of climate change on poverty, <https://tinyurl.com/y6fv9hml>, 2019.
- 8 OHCHR, UN expert condemns failure to address impact of climate change on poverty, <https://tinyurl.com/y6fv9hml>, 2019.
- 9 Wirtschaftskammer Österreich, *BIP je Einwohner*, <https://tinyurl.com/y4zo4xyz>, 2019.
- 10 Benjamin Ferschli u.a., *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*, <https://tinyurl.com/y5jhlfrt>, 2017.
- 11 Ebenda, S. 28; Gerald John, *Neue Schätzung: Das reichste Prozent hat 40,5 Prozent des Vermögens*. <https://tinyurl.com/y2anouxk>, 2017.
- 12 Jahoda Bauer Institut, *Löhne und Gehälter verändern sich*, <https://tinyurl.com/y3398t89>, 2019.
- 13 ÖVP/ FPÖ, *Regierungsprogramm*, <https://tinyurl.com/y2arkz4>, 2017.
- 14 siehe Fußnote 3
- 15 DGB Bildungswerk, *Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums*, Düsseldorf 2017.
- 16 Ulrich Brand/ Markus Wissen, *Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation*, In: *WSI-Mitteilungen*, 2019.
- 17 Ulrich Brand/ Markus Wissen, *Imperiale Lebensweise*, München 2017.
- 18 ORF, *Kritik an JUUH Kampagne von T-Mobile*, <https://helpv2.orf.at/stories/1749794/index.html>, 2014.
- 19 Magdalena Heuwieser, *Grünes Fliegen – gibt es das?* <https://tinyurl.com/y4uu63xs>, 2017.
- 20 siehe Fußnote 16
- 21 siehe Fußnote 17
- 22 ORF, *Regierung kürzt Arbeitslosenbeiträge und Förderungen*, <https://orf.at/v2/stories/2428276/>, 2018; Beate Hausbichler, *Frauenprojekten in Österreich wird massiv das Budget gekürzt*, <https://tinyurl.com/yuu2yb2m>, 2018; APA, *Wie die AUA 500 Millionen Euro sparen will*, <https://tinyurl.com/y54zbkrq>, 2018.
- 23 Wetterat, *Extrem-Dürre richtet erste Schäden an*, <https://tinyurl.com/y6ag9gsw>, 2019.
- 24 Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, *2018 mit großer Wahrscheinlichkeit wärmstes Jahr der Messgeschichte*, <https://tinyurl.com/y4qumh7r>, 2018.
- 25 Alina Neumann, *Österreich: Mehr Tote durch Hitze als im Straßenverkehr*, <https://tinyurl.com/y2rvj7g>, 2018.
- 26 siehe Fußnote 17
- 27 David Holzman, *Mountaintop Removal Mining: Digging Into Community Health Concerns*. In: *Environmental Health Perspectives*, 119 (11), 2011.
- 28 Lukas Bäuerle u.a., *Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen*, Siegburg 2011.
- 29 Patricia Huber, *Kleinbauern sterben aus, Großbauern und Agrarkonzerne werden gefördert*, <https://tinyurl.com/y4xlyovk>, 2018.
- 30 Arbeiterkammer Niederösterreich, *Daten, Fakten, Informationen: Die Landwirtschaft in Österreich*, <https://tinyurl.com/yjyourb8>, 2013.
- 31 Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, *Das „Globale Assessment“ des Weltbiodiversitätsrats IPBES*, Leipzig 2019.
- 32 Alois Heißenhuber u.a., *Umweltprobleme der Landwirtschaft – eine Bilanz*, Dessau-Roßlau 2015.
- 33 Raj Patel/ Jason Moore, *Entwertung. Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen*, Berlin 2018.
- 34 Ebenda, S. 46f.
- 35 Cinzia Arruza u.a., *Feminism For The 99 Percent*, London 2019.
- 36 Tove Soiland, *Soziale Reproduktion und neue Landnahme: ein feministischer Zugang*. In: *Widersprüche*, 150 (12/2018), S. 98.
- 37 Ebenda, S. 93
- 38 *GesundeArbeit*, *Arbeitszufriedenheit dramatisch gesunken*, <https://tinyurl.com/yvtr2o5d>, 2016.
- 39 David Graeber, *Bullshit Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit*, Stuttgart 2018.
- 40 Marina Fischer-Kowalski/ Anke Schaffartzik, *Arbeit, gesellschaftlicher Stoffwechsel und nachhaltige Entwicklung*. In: *Füllsack, Manfred (Hrsg.), Verwerfungen moderner Arbeit*, Bielefeld 2015, S.75.
- 41 Hartmut Rosa, *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*, Berlin 2012, S.163.
- 42 Ebenda, S. 164
- 43 siehe Fußnote 40, S.75
- 44 Sissy Rabl, *Damit die Arbeit nicht überlastet*, <https://tinyurl.com/yxk58fh4>, 2019.
- 45 Arbeiterkammer Oberösterreich, *Armut in Österreich*, <https://tinyurl.com/ydfof55>, 2019.
- 46 BMSGPK, *Aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich 2014–2018*, Wien 2018.
- 47 AMS, *Wichtige Informationen zu AMS Leistungen*, <https://tinyurl.com/y3rgfa4q>, 2018.
- 48 BMSGPK, *Anspruchsvoraussetzungen bei Sozialhilfe/Mindestsicherung*, <https://tinyurl.com/y5sqwfd>, 2019.
- 49 siehe Fußnote 13
- 50 BMF, *Familienbonus Plus – Alle Informationen*, <https://tinyurl.com/y5qyxuu9>, 2019.
- 51 siehe Fußnote 45
- 52 siehe Fußnote 15
- 53 Focus Online, *ABC drehte bei Foxconn in China*. <https://tinyurl.com/yfphc5ro>, 2012.
- 54 APA, *Arbeiter in China sollen Selbstmord-Verzicht unterschreiben.*, <https://tinyurl.com/y59u68bz>, 2010.
- 55 Katharina Hagemann, *Menschenrechtsverletzungen im internationalen Wirtschaftsrecht*, Wiesbaden 2017, S. 14.
- 56 I.L.A. Kollektiv, *Auf Kosten anderer?* München 2017, S. 78–80.
- 57 Siehe auch: Nora Sausmikat, *Chinas Rohstoffhunger. Perspektiven der Zivilgesellschaft*, Köln 2015.
- 58 Felix Lee, *Afrika: Chinas neuer Kontinent*, <https://tinyurl.com/y3oyvz9>, 2017.
- 59 Julia Schilly, *Fleischindustrie verbraucht Großteil des Sojas*, <https://tinyurl.com/yxxddx93>, 2017.
- 60 Sandra Weiss, *Forscherin zu Freihandel: „Es gibt einen Vergiftungskreislauf“*, <https://tinyurl.com/yj8tqoyt>, 2019.
- 61 ABL Bayern u.a., *Soja, Regenwald und Glyphosat. Was Sie schon immer über Futtermittel wissen w(s)ollten*, Nürnberg 2018, S. 3.

- 62 ECA Watch u.a., Andritz AG: Profit auf Kosten von Menschen und Umwelt, <https://tinyurl.com/y4jw73co>, 2012.
- 63 Arndt Hopfmann, Fair, gerecht, besser noch solidarisch Handeln, Brüssel 2018, S. 10.
- 64 Viktoria Unterreiner, Globalisierung: Krabben nach Marokko, <https://tinyurl.com/y5hvgqbx>, 2007.
- 65 Karl Marx/ Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1972 [1848], S. 493.
- 66 Walter Sauer, Internationale Gewerkschaftsarbeit, Wien 2014, S. 4–11.
- 67 Weltumspannend arbeiten–ÖGB/ Südwind, Global arbeiten, global handeln! Die Welt der Arbeit und wie Gewerkschaften sie verbessern können, Wien/ Linz 2011, S. 14f.
- 68 Human Rights Council, Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights, 2019.
- 69 David Mayer, Grenzübertritt mit Hindernissen. Zu den Bedingungen und Herausforderungen transnationaler Solidarität unter Arbeitenden, <https://tinyurl.com/y39alzkk>, 2018.
- 70 siehe Fußnote 67
- 71 Stefanie Kron/ Florian Wilde, Hafennomantik adieu. Reise zu europäischen Güterhäfen verdeutlichte deren Wandel, In: Rosalux, 3 (2016), S. 34.
- 72 siehe Fußnote 56
- 73 Thomas Fatheuer u.a., Kritik der Grünen Ökonomie, München 2015.
- 74 Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, München 2017.
- 75 Nico Muzi, Almost two-thirds of palm oil consumed in the EU is burned as energy - new data, <https://tinyurl.com/y6cn4bwd>, 2019.
- 76 siehe Fußnote 19
- 77 Magdalena Heuwieser, Grüner Kolonialismus in Honduras, Wien 2015.
- 78 Geoengineering Monitor, Stratospheric Aerosol Injection, <https://tinyurl.com/y3jxgpb8>, 2018.
- 79 Winfried Wolf, Mit dem Elektroauto in die Sackgasse: Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt, Wien 2019.
- 80 Christian Mihatsch, USA in zehn Jahren klimaneutral? <https://tinyurl.com/y63xyshe>, 2019.
- 81 Adrian von Pohr, Brasilien: Jair Bolsonaro bringt das Klima in Gefahr, <https://tinyurl.com/y58bqdy9>, 2019.
- 82 BBC, Scott Morrison is new Australian PM as Malcolm Turnbull ousted, <https://tinyurl.com/y5be4rfp>, 2018.
- 83 Ärzte ohne Grenzen, Ärzte ohne Grenzen muss Hilfe für Geflüchtete auf Nauru einstellen, <https://tinyurl.com/yyhwr74d>, 2018.
- 84 DPA, Rechte Parteien in Europa mehrheitlich gegen Klimaschutz, <https://tinyurl.com/y6x5z8ww>, 2019.
- 85 Greenpeace, 200 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2040, <https://tinyurl.com/yvyyjeg7d>, 2014.
- 86 Günther Oswald, Waffenexporte sind gutes Geschäft für Österreich, <https://tinyurl.com/y4hs5do4>, 2013.
- 87 Wiener Zeitung, Tödliche Qualität aus Österreich, <https://tinyurl.com/yxenwj10>, 2016.
- 88 Bundesverband der Deutschen Industrie, Potenziale der Digitalisierung für mehr Ressourceneffizienz nutzen, <https://tinyurl.com/y5dhwtw5>, 2018.
- 89 Planet e, Stromfresser Internet. Die Schattenseiten der Digitalisierung, <https://tinyurl.com/y42tpwsd>, 2018.
- 90 Agnes Streissler-Führer, Digitalisierung, Produktivität und Beschäftigung, Wien 2016.
- 91 Zeit Online, Studie sieht Millionen Jobs durch Digitalisierung gefährdet, <https://tinyurl.com/y6rn2hf0>, 2018.
- 92 siehe Fußnote 90
- 93 Renate Anderl, Gute Arbeit, <https://tinyurl.com/yxlac34j>, 2018.
- 94 GPA-djp, Was meinen wir mit Guter Arbeit?, <https://tinyurl.com/y85zkqd6>, 2014.
- 95 Hans-Jürgen Urban/ Lothar Schröder, Ökologie der Arbeit, In: Hans-Jürgen Urban/ Lothar Schröder (Hrsg.), Gute Arbeit, Frankfurt am Main 2018.
- 96 Wolfgang Fellner u.a., Zeitverwendung und Lebensqualität in Wien, Wien 2015, S. 2.
- 97 GPA-djp, Freizeitoption - Bereiche, Ablauf, Werte und Gültigkeit, <https://tinyurl.com/y2bba9vr>, 2019.
- 98 Oskar Negt, Lebendige Arbeit, enteignete Zeit, Frankfurt am Main 1987.
- 99 Frigga Haug, Die Vier-in-einem-Perspektive, Hamburg 2011; Chrstine Bauhardt u. a., Ökonomie jenseits des Wachstums, In: Feministische Studien, 35 (2), 2017.
- 100 Matthias Schmelzer/ Andrea Vetter, Degrowth/Postwachstum, Hamburg 2019.
- 101 Phillipp Frey, The Ecological Limits of Work, Hampshire 2019.
- 102 siehe auch Amartya Sen, Development as freedom, Oxford 1999; Martha Nussbaum, Women and human development: the capabilities approach, Cambridge 2000.
- 103 Naphtali (1966)
- 104 Alex Demirović, Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster 2018, S. 11.
- 105 Heinz Bierbaum, Wirtschaftsdemokratie – von der Mitbestimmung zur sozialistischen Transformation, In: siehe Fußnote 104, S. 21.
- 106 Richard Detje/ Dieter Sauer, Wirtschaftsdemokratische Transformation, In: siehe Fußnote 104, S. 40.
- 107 Jörg Flecker u.a., Betriebliche Selbstverwaltung und eigenständige Regionalentwicklung am Beispiel der Genossenschaften von Mondragon, Wien 1985.
- 108 Julie and Katherine Gibson-Graham, A Postcapitalist Politics, Minneapolis 2006.
- 109 siehe Fußnote 16, S. 45
- 110 Ebenda
- 111 Hans-Jürgen Urban, Ökologie der Arbeit, In: Hans-Jürgen Urban/ Lothar Schröder (Hrsg.), Gute Arbeit, Frankfurt am Main 2018.
- 112 Klaus Dörre/ Karina Becker, Nach dem Rasenwachstum, In: Hans-Jürgen Urban/ Lothar Schröder (Hrsg.), Gute Arbeit, Frankfurt am Main 2018.
- 113 Manfred Max-Neef, Human Scale Development, New York 1991.
- 114 siehe Fußnote 100
- 115 IGBCE, Bundesweiter Aktionstag in den Braunkohlerevierern, <https://tinyurl.com/y35xf0e8>, 2018.
- 116 Ulrich Schacht Schneider, Grünes Grundeinkommen: Zeitsouveränität für Lifestyles of Degrowth, <https://tinyurl.com/y5glwjhn>, 2016.
- 117 Jan Michael Marchart, Eine bedingungslose Falle, <https://tinyurl.com/y638xfen>, 2018.
- 118 Andreas Novy, Sozialökologische Infrastruktur statt Grundeinkommen, <https://tinyurl.com/y5unx8u5>, 2016.
- 119 siehe Fußnote 116
- 120 Christof Lammer, Was Grundeinkommen und sozialökologische Infrastruktur (nicht) leisten können, <https://tinyurl.com/y25gpotw>, 2016.

Endnoten

- 121 Hans Holzinger, *Neuer Wohlstand: Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten*, Salzburg 2012.
- 122 Frederic Jameson, *Postmoderne – Zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus*, In: Andreas Huyssen/ Klaus Scherpe (Hrsg.), *Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels*, Reinbek 1986.
- 123 Ulrich Brand, *In der Wachstumsfalle. Die Gewerkschaften und der Klimawandel*, In: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 7 (2019).
- 124 Georg Feigl u.a., *Nachhaltig mehr Wohlstand in Österreich 2019?* <https://tinyurl.com/yynvx428>, 2018.
- 125 Hubert Eichmann, *Arbeitszeitverkürzung als Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Klimapolitik?* In: Ulrich Brand/ Kathrin Niedermoser (Hrsg.), *Gewerkschaften und die Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft*, Wien 2017.
- 126 Oswald Günther, *Waffenexporte sind gutes Geschäft für Österreich*, <https://tinyurl.com/y4hs5doa>, 2013.
- 127 Helga Hieden-Sommer, *Sozialstaat, neoliberaler Wirtschaften und die Existenzsicherung von Frauen*, Wien 2007.
- 128 ÖGB, *Wohnen für alle*, <https://tinyurl.com/yxsi3bv7>, 2019.
- 129 siehe Fußnote 2018
- 130 Bernd Röttger/ Markus Wissen, *Ökologische Klassenpolitik*. In: *Luxemburg*, 08/2017.
- 131 Emmerich Tálos, *Gewerkschaften – Sozialpartnerschaft – Demokratiequalität*, In: Wolfgang Greif u.a. (Hrsg.), *Denn sie wissen nicht, was wir tun! Gewerkschaften und Mitbestimmung*, Wien 1997.
- 132 Manuel Behrens, *50.000 IG-Metall-Mitglieder demonstrieren für Klimaschutz und sichere Arbeitsplätze*, <https://tinyurl.com/y2xkomej>, 2019.
- 133 *Public and Commercial Services Union PCS, Just Transition and Energy Democracy*, <https://tinyurl.com/y87g3n52>, 2018.

Notizen

